

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

**Bundesheer neu:**

**Die Wehrpflicht hat ausgedient**

Norbert Darabos

**124 Jahre Einsatz für die Wehrpflicht**

Peter Korecky

**Sprung rückwärts? –**

**Berufsheer ohne Zukunft?**

Fritz Klocker

**Nelson Mandelas Leadership**

Peter Jankowitsch



**WEIHNACHTEN –  
NOCH FRAGEN?**

ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE



# EDITORIAL

Die Volksbefragung am 20. Jänner rückt immer näher. Die große öffentliche Debatte über die Fürs und Widers der Wehrpflicht und des Berufsheers kommt trotzdem nach wie vor nicht so recht in Gang. Zwar werden auf Internet-Plattformen wie wehrpflichtade.at Negativerlebnisse von Grundwehrdienern gesammelt, die eine Abschaffung der Wehrpflicht begründen sollen oder hinterfragt der Blog berufsheer.diefakten.at kritisch die in der Pro-Berufsheer-Kampagne benutzten Argumente; die gesellschaftliche Auseinandersetzung um dieses Thema, über das die erste Volksbefragung in der Geschichte der Republik abgehalten wird, bleibt aber weiter aus. Würde man wenige Wochen vor dem Befragungstermin eigentlich erwarten, dass beide Seiten ein großes Interesse am Austausch von Argumenten haben, hat es sich in der Vorbereitung der »Aktuellen Debatte« in diesem Heft sogar als durchaus mühsam erwiesen, DiskutantInnen zu gewinnen. So bedauern wir insbesondere, dass das Personenkomitee »Unser Heer« für einen Debattenbeitrag abgesagt hat.

Umso mehr freuen wir uns aber natürlich, dass Bundesminister **Norbert Darabos** in seinem einleitenden Beitrag die aus seiner Sicht wichtigsten Argumente für ein **Berufsheer** darstellt und argumentiert, weshalb das von ihm vertretene Modell eines »Profi-Heeres« Kernpunkt einer notwendigen Heeresreform sei.

Mit dem Entfall der Wehrpflicht nicht anfreunden kann sich hingegen **Peter Korecky**, der dem Komitee für den Erhalt der **Wehrpflicht** angehört und den Verlust der Verbindung zwischen Heer und Gesellschaft in einem Berufsheer befürchtet.

**Fritz Klocker** zählt ebenfalls zu den Kritikern eines reinen Berufsheers. In seinem schon seit längerem in Vorbereitung befindlichen Beitrag, den wir aus aktuellem Anlass in dieser Nummer veröffentlichen, setzt er sich intensiv mit dem **historischen Verständnis von Heerespolitik** in der SPÖ auseinander.

Doch die ZUKUNFT 12/2012 bietet auch einige andere spannende Themen abseits der Heeres-Debatte:

**Jens Gmeiner** untersucht in seinem Beitrag die jüngere Geschichte und aktuelle **Entwicklung der schwedischen Sozialdemokratie**.

**Martin Schürz** schließt seine in ZUKUNFT 10/2012 begonnene Darstellung der wichtigsten Ergebnisse der jüngsten **Vermögensverteilungsstudie** ab.

**Andreas Höferl** und **Susanne Halmer** analysieren auf Grundlage zweier aktueller Forschungsarbeiten **Armutsentwicklung** und **Mindestsicherungssysteme** in Europa.

Eine jüngst erschienene Biographie über **Nelson Mandela** wird von Außenminister a.D. **Peter Jankowitsch** besprochen.

Ein Stück Populärkultur – die **Batman-Trilogie**, deren letzter Teil im Sommer 2012 in den Kinos angelaufen ist – nimmt **Thomas Riegler** in Hinblick auf seine politische und gesellschaftliche Bedeutung unter die Lupe.

Und nach den Buchtipps nimmt **Ludwig Dvořák** den 100. Geburtstag von **Jura Soyfer** zum Anlass für eine kurze Würdigung des Werk des großen österreichischen Schriftstellers.

Wir wünschen allen unseren LeserInnen eine spannende Lektüre, erholsame Feiertage und alles Gute für 2013!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



**DREI KÖNIG AUS DER »INZINGER KRIPPE«** | HOLZ, GESCHNITZT, GEFASST | INZING, TIROL, 18. JH. | AUS DEN SAMMLUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN MUSEUMS FÜR VOLKSKUNDE | FOTO: CHRISTA KNOTT © ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE

## **Aktuelle Debatte**

Berufsheer vs. Wehrpflicht

## **6 Bundesheer neu:**

**Die Wehrpflicht hat ausgedient**

VON NORBERT DARABOS

## **8 124 Jahre Einsatz für die Wehrpflicht**

VON PETER KORECKY

## **12 Sprung rückwärts? –**

**Berufsheer ohne Zukunft?**

VON FRITZ KLOCKER

## **20 Schwedens Sozialdemokratie**

**seit der Wahl 2006**

VON JENS GMEINER

## **28 Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich**

VON MARTIN SCHÜRZ

## **34 Ein weiter Weg zu einem sozialen Europa**

VON ANDREAS HÖFERL & SUSANNE HALMER

## **38 Nelson Mandelas Leadership**

VON PETER JANKOWITSCH

## **42 Vom »dunklen Ritter« lernen**

VON THOMAS RIEGLER

## **48 Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

## **50 100 Jahre Jura Soyfer**

SCHLUSSWORT VON LUDWIG DVOŘÁK

# Bundesheer neu: Die Wehrpflicht hat ausgedient

**Wer will, dass** das Bundesheer flexibler und effizienter wird, darf sich einer grundlegenden Strukturreform nicht verschließen: Ein Plädoyer für einen Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Landesverteidigung von Bundesminister Norbert Darabos.

**E**s gibt keine fertige, keine perfekte Armee, weil es auch keine Welt gibt, die gesellschaftlich, politisch und ökonomisch von Starrheit geprägt ist. Bestes Beispiel sind die Umbrüche im arabischen Raum, die wohl niemand vorhersehen konnte. Derartige Wendepunkte in der Weltgeschichte gibt es viele. Denken wir nur an den Fall der Berliner Mauer oder an die Terroranschläge in New York – zwei Ereignisse, die konträrer nicht sein können, aber dennoch eines gemein haben: Sie veränderten die Welt, weil sie wesentlichen Einfluss auf die internationale Sicherheitspolitik hatten. Wenn sich die Welt verändert, müssen sich auch die Streitkräfte verändern. Es gehört also zum Wesen eines Heeres, flexibel und anpassungsfähig zu sein.

Darum bin ich der Auffassung, dass wir Veränderung brauchen, um die unbestritten hohe Qualität der Arbeit unserer Soldaten abzusichern. Die bevorstehende Volksbefragung am 20. Jänner 2013 gibt uns die Gelegenheit zu diesem Paradigmenwechsel, den ich für möglich, sinnvoll und zwingend notwendig halte. Das hat zwei wesentliche Gründe: Zum einen ist nach dem Ende des Kalten Krieges vor mehr als 20 Jahren die gegenseitige Bedrohung von Ost und West weggefallen und damit auch die Grundlage für ein Massenheer mit allgemeiner Wehrpflicht. Zum anderen erfordern die neuen Einsatzszenarien ein schlankes, flexibles und rasch einsetzbares Bundesheer aus Profis und Spezialisten.

Gerade die Vielzahl an Einsätzen, die ohne Grundwehrdiener absolviert werden (Evakuierung von Österreichern aus Nordafrika, Teilnahme an der EU-Battlegroup, Entsendung einer Reserveeinheit in den Nordkosovo) zeigen, dass die Herausforderungen völlig andere sind als zu Zeiten der Bipolarität. Eine konventionelle militärische Bedrohung durch Panzer

gibt es nicht mehr. Die Bedrohungen sind komplexer und unvorhersehbarer geworden, sie treten kurzfristig ein. Internationaler Terrorismus, das »Scheitern« von Staaten, Angriffe auf IT-Systeme, die Bedrohung strategisch wichtiger Infrastruktur oder die Folgen des Klimawandels – das sind einige der Gefahren, für deren Abwehr wir uns wappnen müssen.

Ich plädiere daher für ein Heer mit ausschließlich bestens ausgebildeten Profi-Soldaten und starker Milizkomponente. Mein Modell sieht 8.500 Berufssoldaten (2.000 Offiziere – statt derzeit 2.900 – und 6.500 Unteroffiziere), 7.000 Zeitsoldaten (Verpflichtungszeitraum drei bis max. neun Jahre) sowie 9.300 Milizsoldaten vor. Die Miliz soll deutlich aufgewertet werden: zwei Wochen verpflichtende Übungen pro Jahr, auf Knopfdruck einsetzbar, finanzielle Anreize und bessere Ausstattung. Dazu kommen 6.500 Zivilbedienstete statt wie bisher 8.400. Damit erreichen wir eine drastische Reduktion des Verwaltungsapparats, eine notwendige pyramidenförmige Personalstruktur und eine Senkung des langsam aber stetig steigenden Durchschnittsalters des Berufskaders um zumindest fünf Jahre (von derzeit 41 auf 36). Der hohe Anteil an Zeitsoldaten und die Stärkung der Miliz sorgen darüber hinaus dafür, dass die Armee bestens in der Gesellschaft verankert ist.

Dieses oft gehörte Argument der Reform-Gegner, eine Berufarmee müsse unweigerlich aus der Mitte der Gesellschaft abdriften – hält einer Prüfung durch die Realität nicht stand. Wäre die Gesellschaft durch eine Berufarmee in Gefahr, so müssten wir uns mit unseren tausenden Berufssoldaten schon jetzt ernsthaft Sorgen machen. Auch Berufssoldaten sind Menschen, die nach Dienstschluss ihre Uniformen ausziehen und nach Hause zu ihren Familien gehen, zu ihren Freunden und Nachbarn. Ob sich eine Armee gegen die

eigene Bevölkerung richtet ist keine Frage des Wehrsystems, sondern hängt vom politischen System ab, in welches das Heer eingebettet ist. Österreich ist eine gefestigte Demokratie mit rechtsstaatlichen Strukturen, das Heer unterliegt der parlamentarischen Kontrolle. Von einem Berufsheer geht daher in Österreich – wie in 21 von 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – keine Gefahr aus.


Mit der angepeilten Personalstärke aus Berufs-, Zeit- und Milizsoldaten ist das Profiheer nicht nur in der Mitte der Gesellschaft positioniert, sondern sind alle derzeit vorstellbaren Einsätze abgedeckt. Das umfasst natürlich auch Assistenz Einsätze zur Katastrophenhilfe mit einem Bedarf von 12.500 (Profi-) Soldaten. Garantiert ist darüber hinaus ein Auslandskontingent von mindestens 1.100 Soldaten. Die Luftraumüberwachung ist zu 100 Prozent gewährleistet.

Um diese Personalstärke aufrechterhalten zu können, müssen wir in den ersten Jahren 2.550 Personen rekrutieren, in Folge rund 2.000 jährlich. Wir werden uns am Arbeitsmarkt behaupten müssen. Ich sehe das positiv, weil wir dadurch die Personalgewinnung weiter professionalisieren müssen. Wir werden mehr denn je dazu gezwungen sein, noch stärker aufzuzeigen, welche vielfältigen Berufschancen das Bundesheer bietet – vom UNO-Soldaten im Ausland, über den Hubschrauber-Piloten bis hin zum Techniker oder Generalstabsoffizier. Mein Konzept beinhaltet lukrative Anreizsysteme und Prämien. Es gibt Auslandseinsatzprämien für alle Angehörigen der Einsatzorganisation und damit 100 Prozent aller Zeitsoldaten. Darüber hinaus bieten wir eine Jahresprämie für die bis zu 9.300 Soldaten der Freiwilligenmiliz. Neben den finanziellen Anreizen wollen wir den Zeitsoldaten berufliche Weiterbildungsmaßnahmen, Umschulungsangebote oder auch Beiträge für Zusatzpensionen bieten. Mit diesem Paket ist das Rekrutierungsziel absolut erreichbar.

Derzeit sind in einem auf die nicht mehr existente Bedrohung des Kalten Krieges ausgerichteten Massenheer 60

Prozent der etwa 23.000 Grundwehrdiener als Systemerhalter und somit als Fahrer, Köche, Kellner oder Schreiber eingesetzt. Ein gewaltiger Apparat ist damit beschäftigt, die restlichen 40 Prozent der Rekruten in kürzester Zeit zur Abwehr eines Feindes auszubilden, den es in dieser Form nicht mehr gibt. Dass man die Verpflichtung zum Dienst an der Waffe gegenüber den Betroffenen – Österreichs jungen Männern – unter diesen Voraussetzungen nur noch schwer rechtfertigen kann, liegt auf der Hand. Immerhin geht es dabei um sechs Monate ihres Lebens, die sie anderweitig, etwa in Aus- und Weiterbildung oder den Einstieg ins Berufsleben, sinnvoller investieren könnten.

Auch die Vollkosten des Grundwehrdienstes sind mit mehr als 200 Mio. Euro pro Jahr ein nicht zu unterschätzender Faktor. Dieses Geld könnte man stattdessen in Ausrüstung, Rekrutierung und Prämien investieren. Derzeit sind wir eine Verwaltungs- und Ausbildungsarmee, die rund um die Grundwehrdiener aufgebaut ist. Die Volksbefragung am 20. Jänner ermöglicht uns den Schritt hin zu einer Einsatzarmee, die sich wieder auf ihre Kernkompetenz – den Schutz der österreichischen Bevölkerung – konzentrieren kann.

Das Heer muss grundlegend reformiert werden, um es an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen – andernfalls droht ein Verlust an Leistungsfähigkeit. Wir brauchen einen Wendepunkt in der Geschichte des Bundesheeres, um den Wendepunkten in der Weltgeschichte endlich gerecht zu werden. 

#### **NORBERT DARABOS**

ist seit 2007 Bundesminister für Landesverteidigung, davor gehörte er dem burgenländischen Landtag und dem österreichischen Nationalrat an. 2003 bis 2006 fungierte er als Bundesgeschäftsführer der SPÖ und leitete die Wahlkämpfe der Bundespräsidentenwahl 2004 und der Nationalratswahl 2006.

# 124 Jahre Einsatz für die Wehrpflicht

**Peter Korecky argumentiert** in seinem Beitrag, warum er für die Beibehaltung der Wehrpflicht eintritt.

Ich bin Sozialdemokrat und trete für die allgemeine Wehrpflicht ein! Das wäre noch vor wenigen Monaten auch kaum verwunderlich gewesen. Seit dem sogenannten »Einigungsparteitag« 1888/89 und dem »Wiener Programm« sprechen sich Sozialdemokraten in ihrer ganzen programmatischen Geschichte auf allen Ebenen für die »Erziehung zur allgemeinen Wehrpflicht, die allgemeine Volksbewaffnung und die staatsbürgerlichen Rechte der Heeresangehörigen« aus (Wiener Programm 1901). Diese Meinung war für die gesamte Erste Republik bestimmend. Die politische Führung der SPÖ bekannte sich vom Beginn der Zweiten Republik an zu einer militärischen Landesverteidigung, etwa auch im Parteiprogramm 1978:

»Die Sozialisten, die sich seit dem Hainfelder Programm für ein Volksheer eingesetzt und das Heer der Ersten Republik geschaffen haben, setzen sich für eine militärische Landesverteidigung ein, die den begrenzten finanziellen Möglichkeiten Österreichs und den Notwendigkeiten seiner politischen Situation entspricht. Die militärische Landesverteidigung soll auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht von einem milizartigen System getragen werden,... Es darf jedoch niemand gegen seine innere Überzeugung zur militärischen Landesverteidigung herangezogen werden. Die Ableistung eines entsprechenden Zivildienstes muss ... als völlig gleichwertige Alternative möglich sein. Das österreichische Bundesheer kann die ihm gestellten Aufgaben nur dann erfüllen, wenn es seinen Angehörigen alle staatsbürgerlichen und Persönlichkeitsrechte im vollen Umfang wahrt. Dies ist durch den Ausbau der demokratischen Kontroll- und Mitbestimmungseinrichtungen zu sichern.«

Allgemeine Wehrpflicht, Milizsystem, bewaffnete Neutralität, staatsbürgerliche Rechte der Soldaten – in unter-

schiedlich inhaltlicher Tiefe finden sich diese Begriffe in allen programmatischen Schriften wie »Perspektiven 90« oder »Bundesheer Neu« (1989). Sogar das von den Jugendorganisationen eingebrachte Konzept »Bundesheer – light« (1987) weist mehr Ähnlichkeiten mit dem aktuellen Papier »Bundesheer 2010« auf, als man 1987 erwartet hätte.

## DER BUNDESPARTEITAG DER SPÖ AM 13. OKT. 2012

Am Bundesparteitag 2012 hätte die Parteiführung Gelegenheit gehabt, die Delegierten auf einen historischen Wechsel einzuschwören. Am Vorabend gab es zu komplexeren Themen Diskussionsforen, wobei sich eine dieser Runden mit dem Thema Wehrpflicht und Volksbefragung beschäftigte. Im Gegensatz zu den anderen Arbeitsgruppen (Bildung, Verteilungsgerechtigkeit etc.) gab es aber keinen Leitantrag zur Heeresfrage und damit keinen Konnex zum nächsten Tag. Es gab gezählte vier (!) Wortmeldungen in der allgemeinen Diskussion, die sich zumindest auszugsweise mit dieser Fragestellung beschäftigten. Im Gegensatz zu seinen Ministerkollegen war der Verteidigungsminister der letzte auf der Rednerliste. Daher konnte es zu seinem Beitrag keine Wortmeldungen mehr geben und mangels Anträgen weder Diskussion noch Beschlüsse zur Linie der Parteiführung. An der Beschlusslage der SPÖ hat sich daher absolut nichts geändert!

## DER LEERLAUF IM BUNDESHEER

Ein immer wiederkehrendes Thema ist wohl, dass jeder von uns jemanden kennt, der selber oder bei seinen (ihren) Kindern von Erlebnissen über den sogenannten »Leerlauf« bei Präsenzdienern zu berichten weiß. Ich selbst gehöre allerdings zu jenen, die während ihrer Präsenzdienstzeit bei der Panzertruppenschule von diesem Phänomen nicht heimgesucht wurden. In den ersten sechs Monaten hätten wir uns den einen oder anderen »Leerlauf« durchaus gewünscht. Es ist letzt-



lich eine Frage der Organisation, wie mit dem Präsenzdienst umgegangen wird. Erlebnisse mit einem glücklosen Organisationskonzept sind aber keine Entscheidungsgrundlage für die gesellschaftspolitische Frage »Wehrdienst: Ja oder Nein«, sondern ein Ansatz für die Reform der Heeresorganisation. Wir schaffen ja schließlich auch nicht die Schulpflicht ab, nur weil es da oder dort negative Erlebnisse im Schulbetrieb gibt.

### DER GESELLSCHAFTSPOLITISCHE ASPEKT

Der zentrale Punkt für mein Engagement für die allgemeine Wehrpflicht ist die Stellung, die jede Armee jedes Landes in der Gesellschaft einnehmen sollte. Jedes Heer ist ein außergewöhnlicher Teil der Gesellschaft was Aufgabenstellung, Organisation und Bewaffnung betrifft. Einen derartigen Aspekt vom übrigen Staatswesen abzuheben und ausschließlich in ein Expertentum abzuschieben, ist gesellschaftspolitisch heikel und gefährlich. In diesem Zusammenhang hat uns der Verteidigungsminister am Parteitag mit einem bemerkenswerten Ausspruch konfrontiert. Einige Altvordere hätten ein »Trauma aus dem Jahr 1934« und »könnten die damaligen Vorfälle nicht vergessen«. Diese Meinung ist in mehrfacher Hinsicht seltsam. Erstens wird man durch Erlebnisse traumatisiert, nicht durch historische Berichte, und die meisten »Altvorderen« sind für eigene Erlebnisse deutlich zu jung. Zweitens ist es mir neu, dass ich in einer Partei bin, die das politische Vergessen zu ihrer Maxime erhoben hätte. Drittens brauche ich nicht das Jahr 1934 zu bemühen, sondern mich lediglich der vorjährigen Berichterstattung über den Arabischen Frühling erinnern und die Vorgänge in Ägypten mit denen in Libyen vergleichen. Der Unterschied zwischen einer Volksarmee und einer Armee zugekaufter »Experten« lag selten so offensichtlich auf der Hand.

Ein weiteres Kernstück der Rhetorik ist es, dem Volk nahebringen zu wollen, es entscheide über eine professionelle Berufsarmee. Tatsache ist: Im österreichischen Bundesheer arbeiten bereits jetzt hauptberuflich 16.000 Berufssoldaten. Es geht also nicht um Berufsarmee, sondern ausschließlich dar-


um, ob der höchst erfolgreiche Mix aus Berufssoldaten, Miliz und Wehrpflichtigen weiterbestehen soll oder nicht. Abgesehen von wehrpolitischen Komponenten (»Jedes reine Berufsheer ist in Friedenszeiten zu groß und im Krisenfall zu klein.«) ist es genau dieser Mix, der die Klammer von Heer und Volk abbildet, die Klammer zwischen Wirtschaft und Heer und die Klammer zwischen den Generationen. Nur deswegen ist das Heer keine von der Gesellschaft isolierte Organisation. Mein Hauptargument für das bisherige System ist daher: Ich will keine gesellschaftlich isolierte Organisationsform eines Heeres von Nur-Experten. Ich will ein Heer aus dem Volk, für das Volk!

### DER GEWERKSCHAFTLICHE ASPEKT

Alles oben Gesagte ist die Meinung eines politisch bewußten Staatsbürgers, eines Staatsbürgers, der seit seinem 15. Lebensjahr seine politische Tätigkeit an sozialdemokratischen Grundsätzen orientiert. Eben diese Grundsätze haben mich auch in meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit angeleitet. Meine (künftige) Tätigkeit als Gewerkschafter lässt sich jedoch klar trennen von der staatsbürgerlichen Tätigkeit im Personenkomitee für die Wehrpflicht. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass unabhängig vom Ausgang der Volksbefragung das österreichische Bundesheer (wieder einmal) einen großen Umstrukturierungsprozess vor sich hat. Als Gewerkschafter ist es meine Aufgabe, die Heeresangehörigen in ihrer Eigenschaft als Arbeitnehmer soweit und so gut als möglich vor allen schädlichen Auswirkungen kommender Reformen zu bewahren, die ihre Stellung als Arbeitnehmer unerträglich werden lassen.

Dazu werden Maßnahmen des Einkommensschutzes, zur sozialen Absicherung, zur Vermeidung von Kündigungen, zur Entwicklung von Sozialplänen etc. genauso gehören, wie die rechtzeitige Teilhabe an Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen. Es waren schließlich Sozialdemokraten, die aus gutem Grund den Artikel 7, Absatz 4 im Bundesverfassungsgesetz durchgesetzt haben: »Den öffentlich Bediensteten, ein-

schließlich der Angehörigen des Bundesheeres, ist die ungeschmälerte Ausübung ihrer politischen Rechte gewährleistet.«

Schlussendlich gibt es nicht nur innerhalb der GÖD diesen Zusammenhalt, sondern auch eine langjährige Partnerschaft zwischen Bundesheer und ÖGB, wie den Partnerschaftsvertrag aus 1978 zwischen der Gewerkschaft Bergbau, Metall und Energie und der Panzergrenadierdivision, unterzeichnet von Anton Benya und Johann Trettner. Vielleicht ist auch das ein Grund dafür, dass sich insbesondere in Industriebereichen Plattformen innerhalb der fsg gebildet haben, die für die Wehrpflicht eintreten. 

**PETER KORECKY**

ist Vorsitzender-Stellvertreter der fsg in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) und hat sich dem Personenkomitee für die Wehrpflicht. angeschlossen.

# WEIHNACHTEN – NOCH FRAGEN?

ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE



KÜNSTLICHER CHRISTBAUM FÜR PUPPENSTUBE ODER FRONTPAKETE,  
ANFANG 20. JH. | AUS DEN SAMMLUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN MUSEUMS  
FÜR VOLKSKUNDE | FOTO: CHRISTA KNOTT © ÖSTERREICHISCHES MUSEUM  
FÜR VOLKSKUNDE

# Sprung rückwärts? – Berufsheer ohne Zukunft?

Fritz Klocker beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der grundsätzlichen Dimension der Heeresdebatte.

**K**arl Blecha, neben seiner langjährigen Politikerfahrung auch als Mitbegründer des IFES angesehener Sozialwissenschaftler, wurde nach 1978 erneut mit den Koordinationsaufgaben bei der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms der SPÖ beauftragt. Er hat dazu erklärt, dass am Anfang eines solchen Unterfangens eine umfassende Analyse der politischen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten stehen muss. Nur auf Grundlage einer derartigen Analyse ist es möglich, ein Parteiprogramm zu entwickeln, das über das Zeitgeistige, das Heutige und Vordergründige hinausgehend eine Weiterentwicklung und vielleicht sogar eine Umgestaltung der gegebenen Verhältnisse aus Sicht der Sozialdemokratie erlaubt. Es geht also ganz offensichtlich um so etwas wie um den erneuten Versuch der Politisierung der Politik, es geht um Grundsätze und Grundsätzliches – man könnte auch sagen, es geht um – das heutzutage gern geschmähte Wort – Ideologie.

## LOSGELÖSTE DEBATTE

Ein Politikfeld, das aktuell durch die österreichischen Sozialdemokratie auf die Tagesordnung gesetzt wurde, ist die Frage nach der Wehrform: Berufsheer versus Wehrpflicht lautet der Slogan. In dieser zugespitzten Form der Fragestellung kommt klar und deutlich zum Ausdruck, dass diese Debatte weitgehend losgelöst von ihrer ideologischen und inhaltlichen Dimension gesehen wird, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass von Seiten der SPÖ die mögliche Umstellung vom System der allgemeinen Wehrpflicht auf ein Berufsheer mit vordergründig technischen Begrifflichkeiten argumentiert wird. Es geht nicht um eine militärische Landesverteidigung im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Funktion in unserem demokratischen Gemeinwesen, es geht um die angebliche Notwendigkeit der Professionalisierung des österreichischen Bundesheeres.

Bundesheer, Militär, Landesverteidigung – das heißt in letzter Konsequenz immer Waffen, Kampf, Krieg. Zweifellos ein sehr ernstes Thema, das nicht auf technische Einzelaspekte, wie die Professionalität, reduziert werden darf. Auch wenn Kampf und Krieg, also der Einsatz der Streitkräfte nach unserem Verständnis gleichsam die *ultima ratio* darstellt, sollte die Verkürzung und Reduktion der Debatte auf die genannte Frage doch zur Sorge Anlass geben. Die Wehrform ist vor allem eine zutiefst gesellschaftspolitische Frage, sie am »Altar der Moderne zu opfern«, wie Detlef Buch, Oberstleutnant im Generalstab der deutschen Bundeswehr und Wissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, in einem Essay warnt, bedeutet in eine »Modernisierungsfalle« zu tapen, aus der es kein Zurück mehr gibt. In diese Falle sind – so Buch – »schon knapp 20 weitere Nato- und EU-Länder getappt. Die europaweiten Erfahrungen der Bündnispartner legen diesen Schluss nahe.«<sup>1</sup>

Nicht in die angesprochene Modernisierungsfalle zu tapen heißt also, die gesamte Dimension, nämlich die politische, die gesellschaftliche, die wehrpolitische und die finanzielle, um einige Beispiele zu nennen, die die Frage der Umstellung des Wehrsystems einschließt, zu betrachten und in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen. Diese selbstverständliche Forderung hat die aktuelle Debatte jedenfalls bisher kaum berücksichtigt.

Die österreichische Sozialdemokratie hat in den mehr als 100 Jahren ihres Bestehens ein (historisches) Selbstverständnis zur bewaffneten Macht im Staat entwickelt, dass von mehreren Wesensmerkmalen geprägt und getragen wurde. In erster Linie ist dabei die beständige Forderung nach Demokratisierung des Heeres (vgl.: Viktor Adler) zu nennen, die gekoppelt mit der Betonung der republikanischen Tradition

1. Die Presse, Print-Ausgabe, 02. 09. 2012
2. vgl. Gerhard Böhner, Die Wehrprogrammatische der SPÖ, Verlag Wilhelm Braumüller, S. 79 ff
3. Böhner, a. a. O., S. 113

(vgl.: Bruno Kreisky) vor allem auf das übergeordnete Ziel der Friedenssicherung und -erhaltung dienen soll. Daher heißt es im sogenannten Einigungsprogramm des Hainfelder Parteitages (1888/89) – im Wesentlichen formuliert durch Viktor Adler – auch: »Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.«<sup>2</sup> Volksbewaffnung wurde daher von der SPÖ als Antipode zum Militarismus gesehen und verstanden – und zwar in dem Sinn, dass in einem solchen System der allgemeinen Wehrpflicht (Volksbewaffnung) nicht zuletzt die »Disziplin des freien Mannes« herrscht (siehe: Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer) und damit der blinde Gehorsam, eine deutliche Ausprägung von Berufsheeren, unterlaufen werden kann.

### INTENSIVE DEBATTE

Diese programmatische Debatte wurde vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg mit großer Intensität innerhalb der SPÖ geführt. Julius Deutsch, Karl Czernetz und in weiterer Folge auch Bruno Kreisky, Adolf Schärf, Otto Rösch und Walter Mondl formulierten klare Postulate an eine bewaffnete Macht. Der Parteivorstand der SPÖ legte in einem Beschluss, gefasst am 26. 5. 1948, ein deutliches Bekenntnis zu einem Heer ab und präziserte dies wie folgt: »Die SP lehnt ein Wiederaufleben des alten autoritären Militärsystems ab; sie bejaht hingegen die Einführung einer milizartigen Wehrmacht, die auf den Grundsätzen der Demokratie beruht und deren Aufgabe es ist, die Grenzen zu verteidigen sowie die vom freien Volke Österreichs geschaffenen republikanisch-demokratische Verfassung zu schützen.«

Und Karl Czernetz, einer der bedeutendsten Bildungspolitiker der SPÖ in der Zweiten Republik, formulierte in der sozialistischen Zeitschrift »Der Vertrauensmann« 13 Merksätze zur Diskussion über die Wehrfrage. Dabei brachte Czernetz nicht nur das Thema Neutralität in Bezug zum Wehrsystem, er lehnte nachdrücklich die damals diskutierte Variante

des Ausbaus von Polizei- und Gendarmerietruppen für den Grenzschutz ab, weil dies der »Schaffung einer Berufsarmee – mit all den für die Sozialisten verbundenen Gefahren – bedeuten würde«.

Im Kern wird der Schutz der Demokratie gegen gewaltsame Eingriffe von außen und innen, also die Verteidigung demokratischer Werte als zentrale Aufgabe der militärischen Landesverteidigung gesehen. Diese Sichtweise korrespondiert grundsätzlich mit den programmatisch-ideologischen Positionen der österreichischen Sozialdemokratie zur bewaffneten Macht im Staat. Berufsheer und Demokratie, das stellt in Bezug auf eine entwickelte Gesellschaft eine Art von Antithese dar. Zum einen, weil ein Berufsheer nie eine gesellschaftliche Funktion in dem Sinn zum Ausdruck bringen kann, dass sich darin der eindeutige Wille einer Gesellschaft widerspiegelt, die militärische Verteidigung selbst in die Hand nehmen zu wollen (oder zu können).

Und zum anderen, weil im Umkehrschluss ein Berufsheer letztlich immer – um es plakativ auszudrücken – ein Instrument der Mächtigen ist, ihre Interessen mit militärischen Mitteln zu schützen, zu erhalten oder auszuweiten. Diese These stützt die Tatsache, dass sich ein Berufsheer naturgemäß durch ein überdurchschnittlich hohes Maß an Intransparenz auszeichnet. Demokratie und Transparenz sind aber kohärente Faktoren, indem die Öffentlichkeit das Recht (und die Pflicht) hat, dass sich nichts im Verborgenen abspielt. Ein Blick auf Berufsarmeen, vor allem auf solche, die schon lange bestehen, belegt aber klar und deutlich die Defizite in dieser demokratiepolitischen Hinsicht.

In der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie hat es – vor allem nach den Ereignissen von 1933/34 und dann auch nach 1945 – eine deutliche politische Auseinandersetzung um die grundsätzliche Notwendigkeit einer militärischen Landesverteidigung gegeben. So wurde beispielsweise am Bundesparteitag im Jahre 1958 über Anträge diskutiert und

abgestimmt, die die Auflösung des Bundesheeres zum Inhalt hatten, sobald »es die allgemeine Weltlage oder eine internationale Abrüstung gestatten würden.«<sup>4</sup> Es geht also darum, zu erkennen, dass sich aus der kritischen Haltung großer Teile der österreichischen Sozialdemokratie zur militärischen Landesverteidigung eine Positionierung ergab, die zur Forderung nach Einführung eines Berufsheeres diametral gegenüberstand. Bruno Kreisky, der in seiner Regierungszeit die umfassendsten Reformen der österreichischen Landesverteidigung seit 1945 herbeiführte, sprach daher noch 1967 davon, dass die Landesverteidigung »Tummelplatz der Reaktion« sei. Kreisky hatte dabei sicherlich seine Erfahrungen des Bürgerkrieges im Februar 1934 vor Augen, als er diese Äußerung tat.

### FRAGE DER POLITIK

Im gleichen Jahr, also 1967, hielt Kreisky die Grundsätze der österreichischen Sozialdemokratie zur militärischen Landesverteidigung in einem vielbeachteten Referat fest und führte aus: »Die Frage der Landesverteidigung ist primär eine Frage der Politik und nicht eine militärisch-technische. ... Landesverteidigung kann nur Neutralitätsschutz bedeuten. Eine Landesverteidigung an sich, wie sie etwa in der sogenannten wehrpolitischen Erziehung zum Ausdruck kommen will, gibt es für uns nicht. Landesverteidigung hat einen Sinn, wenn wir uns über ihre Begrenzung klar sind. ... Im übrigen sehen wir an der Friedenserhaltung die wirkungsvollste Art der Landesverteidigung.«<sup>5</sup>

Es ist jedenfalls festzuhalten, dass alle wehrpolitischen Überlegungen und Konzepte, die auf Initiative von Kreisky und vor allem durch die Mitwirkung von Walter Mondl erarbeitet wurden, immer vom Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht, dem Aufbau eines milizartigen Heeres und der Demokratisierung der bewaffneten Macht geprägt und getragen wurden (z. B. Wehrkonzept 1968). Daher findet sich auch im Parteiprogramm von 1978 – ein wesentliches und bestimmendes Dokument für die österreichische Sozialdemokratie – folgender Passus:

»Die Sozialisten, die sich seit dem Hainfelder Programm für ein Volksheer eingesetzt und das Heer der Ersten Republik geschaffen haben, setzen sich für eine militärische Landesverteidigung ein, die den begrenzten finanziellen Möglichkeiten Österreichs und den Notwendigkeiten seiner politischen Situation entspricht. Die militärische Landesverteidigung soll auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht von einem milizartigen System getragen werden, das durch Mitwirkung und Mitgestaltung aller, durch eine aufgabenbezogene Ausbildung und eine heimische Produkte vorrangig berücksichtigende Ausrüstung in seiner Wirksamkeit gestärkt werden muss. Es darf jedoch niemand gegen seine innere Überzeugung zur militärischen Landesverteidigung herangezogen werden. Die Ableistung eines entsprechenden Zivildienstes muss für jene Menschen, die dies aus Gewissensgründen wünschen, als völlig gleichwertige Alternative möglich sein.«

Es mag nun eingewendet werden, dass es zwar diese historische Dimension der SPÖ zur Wehrfrage gibt, man aber nicht außer Acht lassen darf, dass sich die Zeiten geändert haben und es nun gilt, neue, zeitgemäße Antworten auf die aktuelle Situation zu suchen und zu finden. Konkret wird in der aktuellen Debatte um die Einführung eines Berufsheeres von dessen Befürwortern darauf hingewiesen, dass sich die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen geändert und Österreich, eingebettet in die EU und den Versuchen, eine sicherheitspolitische Perspektive dieser EU zu entwickeln, die künftigen Aufgaben nur mit »Profis« bewältigt werden könnten.

Der unauflösbare Widerspruch, der dabei aufgeworfen wird, besteht nun darin, dass es weder eine klare Aussage darüber gibt, worin die künftigen Aufgaben bestehen könnten – Kriegseinsätze zur Sicherung der wirtschaftlichen Interessen etwa? – oder den Beweis zu erbringen, dass Berufsmilitärs tatsächlich »professioneller« – was immer das sein mag – organisiert und einsetzbar seien als das gegenwärtige System, das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht.

4. vgl. Böhner, a.a.O., S. 149  
 5. vgl. Böhner, a.a. O. S. 159

### EIN INSTRUMENT DER »MÄCHTIGEN«

Abgesehen davon, dass ein Berufsheer – wie schon ausgeführt – in keiner Weise als Funktion einer Gesellschaft, die bereit ist, die militärische Landesverteidigung solidarisch zu tragen, zu verstehen ist, sondern immer ein Instrument der »Mächtigen« darstellt, kommt in einem Berufsheer auch immer eine Form von Demokratiedistanziertheit zum Ausdruck, weil Freiwilligkeit in diesem Bereich doch wohl, wie Beispiele zeigen, ein ganz bestimmter Menschenschlag – man könnte sagen nur »Kämpfernaturen« – diese Form von Beruf ergreifen.

Damit bekommt dieses Thema aber eine völlig neue, man könnte aus der Sicht eines Sozialdemokraten durchaus sagen, problematische Qualität. In einem Beitrag in der »Zeit« ist dazu zu lesen: »Wir leben in äußerst unsicheren Zeiten. Und gerade jetzt wird einer der wichtigsten Grundsätze einer Republik aufgehoben, nämlich, dass die Armee der Landesverteidigung dient – und unter keinen Umständen zur Unterdrückung der Bevölkerung eingesetzt werden darf (Anm. des Autors: Artikel 79 der österreichischen Bundesverfassung erlaubt das selbstständige Einschreiten des Bundesheeres nach innen!). Jetzt darf sie – und die ›Ausnahmesituation katastrophalen Ausmaßes‹ könnte, so Helmut Schmidt, in gar nicht so ferner Zukunft leicht gegeben sein.«

Es mag nicht wundern, wenn Helmut Schmidt in einem Gespräch mit »Die Welt« darauf hinweist, dass eine Armee, die aus langfristig verpflichteten Profikämpfern besteht, seine Bevölkerungsnähe einbüßen könnte. Auch sollte man beachten, dass ein Berufsheer im Gegensatz zu einer Wehrpflichtigenarmee ohne weiteres in Kriegsgebiete im Ausland entsandt werden kann, ohne dass es gegen ein solches Engagement Widerstand im eigenen Heer geben kann. Helmut Schmidt gibt zu bedenken, dass ein derart isoliertes Heer zum »Staat im Staat« werden könnte – ein Argument, mit dem sich die Befürworter eines Berufsheeres in Österreich bisher nicht auseinandersetzen wollen. Und weiter sagt Schmidt, dass man am Beispiel USA und seiner Berufsarmee sehr gut sehen kann, dass

sich vorwiegend Männer und Frauen aus den untersten sozialen Schichten dem Militärdienst verpflichten.

Ich möchte an dieser Stelle das Argument, die künftigen militärischen Aufgaben seien nur mit »Profis« zu bewältigen, nicht weiter vertiefen – die Sichtweise von Helmut Schmidt verdeutlicht ohnedies, dass diese Sichtweise einer umfassenden Diskussion nicht standhält. Es ist doch so, dass alle wesentlichen Kaderfunktionen im bestehenden österreichischen Bundesheer ohnedies von Berufssoldaten besetzt sind – also, um in der Diktion der Berufsheerbefürworter zu bleiben, von den vielzitierten Profis – es geht daher um die sogenannten »Kämpfer«, das »Fußvolk«, die künftig nicht durch Wehrpflichtige, sondern aus Berufssoldaten rekrutiert werden sollen. Auch die Kostenfrage ist nicht das zentrale Thema meiner Kritik an der möglichen Umstellung auf ein Berufsheer, wobei jedem, der dieser Frage ehrlich und offen diskutiert, klar sein muss, dass ein Berufsheer deutlich teurer ist als ein Milizheer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Mir geht es um eine politische Bewertung des Themas, die über den Augenblick, die über das Zeitgeistige hinausgeht.

Obwohl es den Anschein hat, als gehörten Systembrüche nicht zur Ausnahme, sondern seien der Regelfall, was den Werdegang der Menschheit ausmacht, so sollte dennoch reflektiert werden, welche systemimmanente Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat einem Berufsheer eigen sind. Mag sein, dass diese Gefahren kurzfristig zu negieren sind, aber verantwortungsvolle Politik muss über die Vordergründigkeit der Tagespolitik hinausgehend an die Zukunft, also an Zeiträume von 20, 50 oder sogar 100 Jahren denken. Und es wird dann von entscheidender Bedeutung sein, ob es ein demokratieaffines Volksheer oder eine Berufsarmee ist, mit der wir es zu tun haben werden. Wie es aussieht, wird sich die Mehrheit der ÖsterreicherInnen für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes in der bestehenden Form aussprechen. Und zwar nicht, weil das Modell der öVP in dieser Frage plausibler wäre, als es das Berufsheer-

modell der SPÖ ist. In erster Linie geht es dabei wohl auch um die Glaubwürdigkeit der handelnden Akteure, die ausschlaggebend für das Ergebnis der Volksbefragung sein wird. In jedem Fall wäre es wünschenswert, wenn nach dieser Befragung die notwendigen Konzepte für eine umfassende Reform des Bundesheeres rasch auf den Tisch kämen – und noch rascher umgesetzt werden. An der Reformnotwendigkeit des Bundesheeres besteht wohl kein Zweifel. Und Ideen und Ansätze für eine solche gibt es genug, beispielsweise jene, die mit der bestehenden Beschlusslage der SPÖ korrespondieren, dem »BH-Light«.



**FRITZ KLOCKER**

ist Vorstand einer gemeinnützigen Bauvereinigung, war Milizsprecher der SPÖ, Mitglied der Sidac, ist Vize-Präsident des Milizverbandes Österreich, und schrieb u.a. das Konzept »BH-light«. Er steuerte in den programmatischen »Perspektiven 90« bzw. »Sozialdemokratie 2000« das Kapitel Sicherheitspolitik bei.





# WEIHNACHTEN – NOCH FRAGEN?

ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE



**CHRISTBAUMSCHMUCK AUS GLAS** | GABLONZ, TSCHECHISCHE REPUBLIK, 1920ER  
JAHRE | PRIVATE LEIHGABE | FOTO: CHRISTA KNOTT © ÖSTERREICHISCHES MUSEUM  
FÜR VOLKSKUNDE

## WEIHNACHTEN - NOCH FRAGEN?

Ist das Christkind ein Engel? Spukt es in den Raunächten? Sterndeuter oder Könige? Ist Weihnachten ökologisch korrekt? Haben alle Weihnachtsverweigerer ein Flugticket? Sind Geschenke und bunte Kugeln multikonfessionell? Wie politisch ist Weihnachten?

Die facettenreiche Sonderausstellung behandelt Fragen, die rund um das Weihnachtsfest und den damit verbundenen, einem steten Wandel unterworfenen Bräuchen und dem Antagonismus zwischen Feiern und Verweigern immer wieder auftauchen. Auch weniger Bekanntes, wie etwa die Adventzeit als Fastenzeit, der Hl. Nikolaus als ursprünglicher Gabenbringer, die rosa Kerze auf dem Adventkranz, Orakelbräuche zur Weihnachtszeit und die Instrumentalisierung des Weihnachtsfestes als politische Bühne im Ersten Weltkrieg und Nationalsozialismus werden beleuchtet. Einem Aufruf mit der Bitte um Zusendung spannender Fragen sind zahlreiche BesucherInnen gefolgt und trugen damit wesentlich zur Ausstellungskonzeption bei.

### Österreichisches Museum für Volkskunde

Gartenpalais Schönborn

Laudongasse 15 – 19, 1080 Wien

[www.volkskundemuseum.at](http://www.volkskundemuseum.at)

Bis 3. Februar 2013

Di – So 10.00 – 17.00 Uhr, Mo geschlossen außer an Feiertagen

24. und 31. Dezember 2012 von 10.00 – 15.00 geöffnet

25. Dezember 2012 und 1. Jänner 2013 geschlossen



# WEIHNACHTEN – NOCH FRAGEN?

ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE

# Schwedens Sozialdemokratie seit der Wahl 2006

**Seit 2006 befindet** sich die einst so erfolgreiche schwedische Sozialdemokratie in der Opposition und einer Identitätskrise. Jens Gmeiner zeichnet die bislang erfolglosen Versuche, wieder an die glanzvolle Vergangenheit anzuschließen, nach.

**W**ollte man früher eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte bestaunen, dann richtete sich der ehrfürchtige Blick meist nach Skandinavien, genauer gesagt nach Schweden. Dort sahen die Bewunderer viel verwirklicht, was ihnen in den heimischen Ländern bisher versagt geblieben war. Ein flüchtiger Blick in die politikwissenschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Fachliteratur verrät bis heute, dass Schweden gerne als »Modelland« für Integration, sozialstaatliche Errungenschaften, Gleichstellungspolitik und eine relativ ausgeglichene Einkommensverteilung angesehen wird. Als treibende Kraft dieses angeblich gesellschaftlichen »Vorreiterstaates«, wird vielfach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) ausgemacht.

Die Sozialdemokraten in Schweden regierten im 20. Jahrhundert seit den 1930er Jahren außer zwei kleineren Zwischenspielen der bürgerlichen Parteien fast durchgehend das bevölkerungsreichste Land Skandinaviens. Die Symbiose des Landes Schweden mit der Sozialdemokratie hat sich wohl am deutlichsten in dem Begriff des »Volksheims« niedergeschlagen, der kurz und knapp den geborgenen, sicheren Wohlfahrtsstaat umschreibt. Der langjährige Ministerpräsident Olof Palme verhalf dem kleinen Land zusätzlich zu internationalem Renommee, als er deutlich gegen den Vietnamkrieg Stellung bezog und sich für die atomare Abrüstung einsetzte. Die neutrale Stellung zwischen den Blöcken des Kalten Krieges festigte im Ausland weiterhin den Mythos eines moralischen und friedlichen »Modellandes« unter sozialdemokratischer Führung.

Gewiss ist dieses Bild auch nicht gänzlich falsch, obwohl bei genauerer Betrachtung viel mythische Verklärungen und eine sozialdemokratisch gefärbte Geschichtsschreibung dabei

eine gewichtige Rolle mitspielen. Vielfach wird die Rolle der bürgerlichen Parteien unterschätzt, die zu großen Teilen den Ausbau des Wohlfahrtsstaates mitgetragen haben. Wenn über Schweden und die Quasi-Staatspartei, die SAP, gesprochen wird, sind allzu blumige und vereinfachende Stereotype also nicht ganz fern. Was all die Lobpreisungen für Schweden und die SAP verbargen, war, dass abseits dieser meist reinen ausländischen Modelldiskussionen die schwedische Gesellschaft und Politik von ihrem genuinen »Volksheim« langsam Abschied genommen hat. Was sich schon in den 1980er Jahren abzuzeichnen begann und mit der schweren Wirtschaftskrise zu Beginn der 1990er kulminierte, schlägt sich parteipolitisch spätestens seit den Wahlniederlagen der SAP in den Jahren 2006 und 2010 nieder.

## HEGEMONIALER NIMBUS IST DAHIN

Seitdem befindet sich eine der wohl erfolgreichsten sozialdemokratischen Parteien Europas in der Opposition, wirkt personell ausgelautet, paralytisch und programmatisch leer.<sup>rückhalt</sup> verloren Nach der Wahlniederlage 2006 hat die Partei, die einst für Loyalität und Kontinuität an der Parteispitze stand, mit Göran Persson, Mona Sahlin und Håkan Juholt drei Vorsitzende verschlissen. Ihr hegemonialer Nimbus ist spätestens seit der Wahl 2010 dahin, als sie sich nur noch hauchdünn vor der regierenden konservativen Moderaten Sammlungspartei behaupten konnte. Knapp über 30 Prozent verbuchte die Partei damals an Stimmen. Bei der Wahl 1982 mit dem Spitzenkandidaten Olof Palme lag sie noch bei 45 Prozent. Eine ähnliche Abwärtsspirale lässt sich bei den Mitgliederzahlen ausmachen. Die Partei, die dank der gewerkschaftlichen Kollektivmitgliedschaft bis 1990 noch 840.000 Mitglieder hatte, kommt gegenwärtig noch auf ca. 100.000 Mitglieder. Wie konnte der einstige Musterschüler der europäischen Sozialdemokraten so tief fallen?

1. Ausführlich zur schwedischen Sozialdemokratie nach dem Machtverlust 2006 siehe: Jens Gmeiner, Abschied von der sozialdemokratischen Hochburg Schweden? Herausforderungen, Reformen und Perspektiven der schwedischen Sozialdemokratie nach dem Machtverlust 2006, Stuttgart 2012.
2. Zu den Wählern in Stockholm siehe vor allem Tommy Möller/ Göran von Sydow: Slaget om Stockholm, in: Studieförbundet Näringsliv och Samhälle (SNS-Studie), November 2008, [http://www.statsvet.su.se/publikationer/moller/moller\\_slaget\\_om\\_stockholm.pdf](http://www.statsvet.su.se/publikationer/moller/moller_slaget_om_stockholm.pdf) [zuletzt eingesehen am 15.11.2012].
3. Vgl. Törbjörn Nilsson, En tid som flytt, in: Fokus, 16.09.2010.

## OPFER DES STRUKTURWANDELS UND GENERATIONSWECHSELS

Schweden ist eines der modernsten und reichsten Länder Europas, die Ausgaben für Bildung sind relativ hoch, der Dienstleistungssektor wächst kontinuierlich. Die Internet- und Kommunikationsbranche boomt vor allem in den Großstädten in Stockholm und Göteborg. Und genau hier liegen auch die sichtbarsten Probleme der ehrwürdigen Arbeiterpartei. In den Großstädten, den prosperierenden dienstleistungsstarken und kulturellen Zentren des Landes, wo die Heterogenität der Lebenslagen besonders offensichtlich wird und die Gewerkschaftsdichte niedrig ist, hat die Sozialdemokratie deutlich an Rückhalt verloren.<sup>2</sup> Pointiert könnte man sagen, dass sie hier keine Volkspartei mehr ist.

Zwar lagen die Hochburgen der SAP nie in den Großstädten, sondern in den industriellen Gürteln Mittelschwedens, aber diese Zentren schrumpfen seit einiger Zeit kontinuierlich, während die Großstädte, besonders Stockholm, überdurchschnittlich wachsen. Wer den Strukturwandel miterleben will, sollte nach Falun in die Provinz Dalarna reisen. Das seit 1992 stillgelegte Kupferbergwerk ist nicht mehr Treffpunkt für Bergarbeiter, sondern Anlaufpunkt für Touristen. Die Kupferindustrie, die Schweden reich gemacht hat, gehört der Vergangenheit an und strahlt nun als schwedisches Weltkulturerbe. Vielleicht droht der SAP auf Dauer ein ähnliches Schicksal.

Die wirtschaftlichen und kulturellen Transformationsprozesse der letzten Jahrzehnte machen es der Partei immer schwerer, die sich ausdifferenzierenden Milieus politisch und habituell zu integrieren. Bis in 1980er Jahre gelang der SAP dieser Spagat noch recht gut. Die Wählerkoalition aus gewerkschaftlicher Arbeiterschaft, mittleren Angestellten, Jungwählern und kritischen Intellektuellen bröckelt seitdem jedoch an allen Ecken und Enden. Mit der tragischen Ermordung Olof Palmes im Jahr 1986 ist auch für die schwedische Sozialdemokratie symbolisch eine Ära zu Ende gegangen.

Der Industriegewerkschaftsverband LO (Landsorganisationen i Sverige), der zweifellos der SAP nahe steht und das gemeinsame Erbe nach außen demonstriert, hat im Zuge der Deindustrialisierung an Gewicht gegenüber den parteineutralen Akademiker- und Dienstleistungsgewerkschaften eingebüßt. Zudem leidet die LO an chronischen Mitgliederverlusten, was wiederum die Rekrutierungs- und Mobilisierungskanäle für die SAP erschwert. Die Kollektivmitgliedschaft von LO und SAP ist ein Rudiment der Industriegesellschaft, die seit dem Jahre 1990 der Vergangenheit angehört. Kurz: Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist deutlich geschrumpft und mit ihr hat die LO, der gewerkschaftliche Arm der schwedischen Arbeiterbewegung, auch an Bedeutung verloren.

Auch der generöse sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat, der Mittelschichten und Arbeiterklasse zusammenband und damit der SAP nicht nur eine kulturelle, sondern auch eine elektorale Dominanz verschaffte, hat seit den 1990er Jahren an Integrationsfähigkeit eingebüßt. Als man in Kontinentaleuropa den schwedischen Wohlfahrtsstaat sozialdemokratischer Prägung noch als Vorbild anpries, wurde dieser nach der Banken- und Wirtschaftskrise in den 1990er Jahren unter dem Sozialdemokraten Göran Persson kräftig gekürzt, die umfassenden Sozialleistungen heruntergefahren und private Vorsorge verbindlich eingeführt.

Hier dürften auch Tony Blair und Gerhard Schröder Anleitungen für ihre »Dritten Wege« entnommen haben, auch wenn Schweden damals am Rande des wirtschaftlichen Ruins stand und der schmerzhaft Konsolidierungskurs als alternativlos erschien. Die Ausgangslagen mögen andere gewesen sein, die Stoßrichtung war jedoch ähnlich. Weniger Staat, weniger Schulden, mehr Eigenverantwortung und mehr private Vorsorge. Nach Worten des schwedischen Volkswirtschaftlers Magnus Henrekson hat Schweden damit die weitreichendsten Veränderungen in den letzten zwanzig Jahren in Westeuropa zu verbuchen.<sup>3</sup> Gleichwohl ist der Wohlfahrtsstaat noch immer intakt und auf einem sehr hohen Niveau, aber vom »Mo-

dellstaat« unter sozialdemokratischer Führung hat sich Schweden zunehmend entfernt.

Nicht nur die schwere Finanzkrise zu Beginn der 1990er Jahre und die sozialen Kürzungen haben die materiellen Grundfesten des »Volksheims« erschüttert. Es waren auch die mentale Erosion sozialer Sicherheiten, die Trübung des Zukunftsoptimismus und die allmähliche Zersetzung eines verbreiteten Glaubens an die Offenheit im eigenen Land. Mit der Ermordung Olof Palmes im Jahr 1986, der Havarie des Schiffes »Estonia« in der Ostsee acht Jahre später, wo 900 Menschen ertranken, oder mit dem Mord an der sozialdemokratischen Außenministerin Anna Lindh in der Stockholmer Innenstadt im Jahr 2003. Viele Gewissheiten des »Volksheims« wurden auf eine harte Probe gestellt.<sup>4</sup> Die integrative Metapher des »Volksheims« verlor obendrein noch an Bindekraft als die Politisierung der sprunghaft angestiegenen Einwanderung in den 1970er und 80er Jahren einsetzte. All diese Entwicklungen haben Schweden europäischer und heterogener gemacht und damit auch die Quasi-Staatspartei, die SAP, vor Herausforderungen und Richtungsentscheidungen gestellt, die zur kulturellen und sozialen Segmentierung der Wählerschaft geführt haben.<sup>5</sup>

Die Erosion der gewerkschaftlichen Kernwählerschaft, die Transformation des Wohlfahrtsstaates, die Probleme bei jüngeren, gut verdienenden Bevölkerungsgruppen in den Großstädten, das alles sind strukturelle Befunde, die nicht neu sind. Die SAP zehrt noch immer elektoral von den Generationen, die in den Hochzeiten des Wohlfahrtsstaates sozialisiert wurden und die Sicherheit des »Volksheimes« erlebt haben. Ein Großteil der Mitglieder stammt auch aus diesen Generationen, weshalb die SAP wie die meisten sozialdemokratischen Parteien deutlich überaltert ist. Die Generationen, die in 1980er und 1990er Jahren aufgewachsen sind, besitzen dagegen ein eher ambivalentes Verhältnis zum Wohlfahrtsstaat. Diese Generationen haben die ökonomischen Krisen und Erosionsprozesse der sicheren Wohlfahrtsgemeinschaft selbst

miterlebt und sind meist selbst von der wachsenden Fragilität des schwedischen Sozialmodells betroffen. Die jüngeren Schweden sind parteipolitisch beweglicher geworden und neigen nun auch vermehrt zu den Grünen, der Linkspartei, aber auch seit den 1980er Jahren zu den Moderaten.

### DIE ZÄSURWAHL 2006

Die Parlamentswahl 2006 hat sich bis heute tief ins Mark der Partei eingegraben und der SAP ist es seitdem nicht gelungen, sich von dieser »Katastrophenwahl« zu erholen. Im Gegenteil: Die SAP hat seit 2006 weiter an Rückhalt verloren und steht gegenwärtig nicht einmal mehr bei den 35 Prozent, die sie damals erreichen konnte. Neben den strukturellen und generationsbedingten Erosionsprozessen, die allerdings nicht zu einem deterministischen Abwärtsgang führen sollten, waren es insbesondere drei Gründe, die den Machtwechsel 2006 begünstigt haben.

*Erstens* muss auf die Wandlung der Konservativen, der Moderaten Sammlungspartei, eingegangen werden. Die Partei, die eigentlich seit den 1980er Jahren einen neoliberalen Schwenk vollzogen hat und als eindimensionale Steuersenkungspartei der Oberklasse angesehen wurde, richtete sich unter dem 2003 gewählten Vorsitzenden Fredrik Reinfeldt rhetorisch und inhaltlich neu aus. Anknüpfend an den Wandel der Labour Party firmierten die Moderaten nun unter dem Namen »Neue Moderate« (nya moderaterna) und rückten weiter in die politische Mitte. Die Steuersenkungsforderungen verschwanden zu Gunsten einer pro-wohlfahrtsstaatlichen Ausrichtung, die vor allem Themen wie Bildung und Pflege betonte.

Die »neuen Moderaten« nahmen somit den Schweden die Angst vor einem Systemwechsel und wollten, wie Fredrik Reinfeldt formulierte, nicht alles anders, aber vieles besser machen.<sup>6</sup> Im Mittelpunkt standen jetzt die breiten, arbeitenden Bevölkerungsschichten der Mittelklasse, die nach den Worten des Publizisten Werner A. Perger eigentlich sozialdemokra-

4. Siehe: Bernd Henningsen, Tango des Nordens. Transformation, Konsens und Solidarität im nördlichen Europa, in: Kursbuch 157, Berlin 2004, S. 78–93, hier S. 85f.
5. Siehe auch zur Zerklüftung der sozialdemokratischen Wählerschichten: Franz Walter, Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie, Berlin 2010, S. 67f.
6. Vgl. Florian Pfeil, Regierungswechsel in der Hochburg der Sozialdemokratie: Die Wahlen zum Schwedischen Reichstag vom 17. September 2006, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 4, S. 763–777, hier S. 776.
7. Vgl. Werner A. Perger, Sanfter Konservatismus und der Verlust der Mitte, in: Internationale Politikanalyse der FES, Juni 2008, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/05424.pdf> [zuletzt eingesehen am 15.11.2012].
8. Vgl. Peter Santesson-Wilson, Socialdemokraterna. Från minoritetsregering till koalitionspartner, in: Statsvetenskaplig Tidskrift 112 (2010) 2, S. 153–163.
9. Zur Wahl 2010 siehe: Jens Gmeiner, Die schwedische Parlamentswahl 2010. Hochphase und Endpunkt der starren Blockpolitik, in: NORDEUROPAforum (2011) 1, S. 73–96.

tisch denkt, fühlt und wählt.<sup>7</sup> Zumindest tat sie das in der Vergangenheit. Die Transformation gelang den einstmalig als sozialstaatsfeindlich gebrandmarkten Konservativen erstaunlich gut mit einer Balance aus suggerierter Wohlfahrtsstaatlichkeit, smarten Führungspersonlichkeiten und dem Versprechen nach mehr Jobs und Leistungsgerechtigkeit. Das Versprechen ging auf. Der »Dritte Weg« von rechts der Moderaten hat die schwedische Sozialdemokratie seitdem diskursiv und politisch entwaffnet. Im Jahr 2006 wechselten dann vor allem viele Großstadtwähler, die mitnichten anti-wohlfahrtsstaatlich eingestellt sind, von den Sozialdemokraten zu den Moderaten.

*Zweitens* konnte der moderierende und smarte Spitzenkandidat der Moderaten, Fredrik Reinfeldt, eine klare unverbrauchte Alternative zum amtsmüden und ebenfalls skandalbelasteten Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten, Göran Persson, bieten. Während Persson als technokratischer Spitzenkandidat einer machtverliebten Partei wahrgenommen wurde, stilisierte sich Reinfeldt zum jungen, sachlich orientierten Kandidaten einer kompromissbereiten bürgerlichen Koalition.

*Drittens* gingen die vier bürgerlichen Parteien gemeinsam in den Wahlkampf und konnten schon im Vorfeld die »Allianz für Schweden« bilden. Die traditionelle Zerstrittenheit der bürgerlichen Parteien, die meist den Sozialdemokraten zu Gute kam und Minderheitsregierungen beförderte, schien durch den programmatischen und personellen Schulterchluss der bürgerlichen Parteien der Vergangenheit anzugehören. Durch gemeinsame Auftritte des Spitzenpersonals und mit Hilfe eines einheitlichen Wahlmanifests erweckten die bürgerlichen Parteien ein kohärentes Gesamtbild und zwangen die Sozialdemokraten in einen Lagerwahlkampf. Eine klare bürgerliche Alternative stand dabei einem fragmentierten linken Bündnis aus SAP, Grünen und Linkspartei gegenüber, das keineswegs einheitlich agierte. Damit hatte sich das Blatt gewendet. Nicht mehr die SAP verkörperte Stabilität, Konstanz und Berechenbarkeit, sondern das bürgerliche Vier-Parteien-

bündnis unter Führung der Moderaten. Seit der Wahl 2006 regiert nun dieses bürgerliche Bündnis aus Konservativen, Liberalen, Zentrumsparterei und Christdemokraten, das 2010, wenn auch nur als Minderheitsregierung, wiedergewählt wurde. Die SAP hat sich nach dem Rücktritt von Göran Persson im Jahr 2007 auf die Suche nach ihrer erfolgreichen Vergangenheit gemacht und sich im Zuge der geforderten Modernisierung immer weiter verrannt. Die permanenten Reformversuche, die der Wahl 2006 folgten, tragen schon drastische Züge, weil sie andeuten, wie verunsichert, programmatisch diffus und bündnispolitisch gespalten die ehemalige Staatspartei Schwedens ist.

## FEHLGESCHLAGENE ERNEUERUNGSVERSUCHE

Der Aufbruch der SAP sollte im Jahr 2007 mit der neuen Parteivorsitzenden Mona Sahlin beginnen, die dem Parteiadel und dem Stockholmer Machtzentrum entstammte. Und anfangs schwebte die Partei auch auf einer Erfolgswelle. Die Umfragewerte stiegen an auf über 44 Prozent, die Partei wollte sich auf die moderneren Milieus in den Großstädten fokussieren. Programmatisch rückte die Partei in die Mitte. Die SAP beschloss auf ihrem Parteikongress 2009 den Wohlfahrtsstaat weiter für private Anbieter zu öffnen, um die liberalen und moderneren Großstadtwähler nicht zu verprellen, die sie von den Moderaten zurückgewinnen wollte.

Die SAP ging auch bündnispolitisch neue Wege und strebte unter Sahlin zum ersten Mal in der neueren Geschichte eine Koalition mit Grünen und Linkspartei an.<sup>8</sup> Das linke Bündnis, das 2010 die Wahl gewinnen sollte, war aber in der SAP mehr als umstritten. Während die Gewerkschaften und der linke Flügel der Sozialdemokraten die Grünen misstrauisch beäugten, machte der rechte Flügel der SAP mobil gegen die Linkspartei. Auch die Wählerschaft der schwedischen Sozialdemokraten war hinsichtlich der Bündnisfrage tief gespalten. Bei der Wahl erreichte dann Sahlin mit ihrer gespaltenen Partei einen Tiefpunkt. Nur noch knapp über 30 Prozent hatten für die SAP votiert.<sup>9</sup> Die wichtigen Großstadtwähler waren

10. Vgl. Madelene Engstrand Andersson/Claes Lönegård, Flest jobb vinner, in: Fokus, 03.02.2012.
11. Vgl. Erik Olsson, Statsvetare: S vill betona ansvarstagande, in: Svenska Dagbladet, 03.10.2012, [http://www.svd.se/nyheter/inrikes/statsvetare-om-socialdemokraternas-budgetforslag\\_7551704.svd](http://www.svd.se/nyheter/inrikes/statsvetare-om-socialdemokraternas-budgetforslag_7551704.svd) [zuletzt eingesehen am 15.11.2012].
12. Den Mangel an Deutungshoheit beklagte nach der Wahl 2010 auch der ehemalige Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung Stockholm. Vgl. Christian Kellermann, Deutungshoheit auf Schwedisch, in: SWP (2010) 5, S. 57–59, [http://www.spw.de/data/pages\\_from\\_spw\\_180\\_final\\_\\_kellermann.pdf](http://www.spw.de/data/pages_from_spw_180_final__kellermann.pdf) [zuletzt eingesehen am 15.11.2012].

weder zu den Grünen oder den Moderaten übergelaufen. Teile der Arbeiter hatten das Lager zu den rechtspopulistischen Schwedendemokraten gewechselt. Die von Sahlin und ihrem Stab forcierte Modernisierungspolitik sowie die Bündnisfrage hatten die brüchige Wählerkoalition der schwedischen Sozialdemokraten weiter aufgeweicht. Der schwerfällige Tanker der SAP bröckelt seitdem am rechten Rand sowie in der Mitte und droht weiter Schlagseite zu bekommen.

Im November 2010 kündigte dann Sahlin nach Kritik des Jugendverbandes und Teilen des linken Flügels ihren Rücktritt an. Im März 2011 übernahm der unbekanntere Verteidigungsexperte Håkan Juholt aus der schwedischen Provinz den Parteivorsitz. Er wollte, so zumindest seine vollmundigen Ankündigungen, der SAP wieder mehr Konturen und Profil verleihen. Trotz seiner linkslastigen Rhetorik scheiterte auch er daran, die Wählerkoalition aus Arbeiterklasse, mittleren Angestellten und Jugendlichen zu erneuern. Im Gegenteil: Durch Kommunikationspannen, eine sprunghafte Politik und Affären um seine Dienstwohnung sank die SAP weiter ab auf 24 Prozent. Im Januar 2012 zog dann die Partei den Schlussstrich unter die nur zehnmonatige dauernde Amtszeit von Juholt. Der Mann aus der schwedischen Provinz, der von Anfang an nur ein Verlegenheitskandidat gewesen war, verschärfte die schwerste Krise der SAP in ihrer Geschichte noch weiter. Aus dem angekündigten Neustart von Juholt wurde ein bedrohlicher Fehlstart.

### QUO VADIS SAP?

Seit Januar 2012 führt nun zum ersten Mal in der Geschichte der schwedischen Sozialdemokratie ein Gewerkschafter und gelernter Schweißer die Partei. Stefan Löfven soll der Partei mit seiner Person symbolisch das wiedergeben, was sie seit 2006 durch ihre programmatischen Richtungsänderungen, undurchsichtige Personalpolitik und bündnispolitischen Konflikte verloren hat: wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit, Regierungsvermögen und einen klaren Kompass. Der ehemalige Gewerkschafter und Vorsitzende der Industriegewerk-

schaft Metall (IF Metall) bringt mit seinen Erfahrungen als Gewerkschaftsvertreter und seinen weitreichenden Kontakten zur Industrie gute Voraussetzungen mit, um die SAP wieder als wirtschaftspolitisch kompetent erscheinen zu lassen.<sup>10</sup> Dies ist auch bitter notwendig, weil die SAP bei der Wahl 2010 bei der erwerbstätigen Bevölkerung gerade noch 22 Prozent verbuchen konnte. Seinen Fokus will der neue Vorsitzende Löfven deshalb auch auf die Themenbereiche Arbeitsplätze, Ausbildung und letztlich auf die Schaffung von Vollbeschäftigung richten. Klare prägnante Unterschiede zur bürgerlichen Regierung lässt Löfven, abseits von mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung, aber bisher vermissen.<sup>11</sup>

### ANPASSUNGSSTRATEGIE


Die SAP unter Löfven, so zumindest die Beobachtung im Spätherbst 2012, versucht deutlicher denn je wieder an Regierungs- und Wirtschaftskompetenz zu gewinnen und damit so wenig Angriffsflächen wie möglich für die Moderaten zu bieten. Die schwedische Sozialdemokratie will weg von ihrem Image der konservierenden »Beitragspartei« und wieder hin zur modernen, wirtschafts- und sozialpolitischen integrativen Volkspartei der Mitte. Durch diesen Kurs fällt es der SAP aber enorm schwer, eigene klare inhaltliche Akzente zu setzen und die Diskurshegemonie über die soziale Wirklichkeit wiederzugewinnen, weil sie damit eher den Moderaten nacheifert, als selbst Deutungsangebote zu entwerfen.<sup>12</sup>

Die Anpassungsstrategie an die wie auch immer definierte politische Mitte, die seit der Wahl 2006 eher den Moderaten zuneigt und insbesondere in den Großstädten beheimatet ist, birgt erhebliche Gefahren für die SAP. Die gegenwärtig dominierende Chancenrhetorik der SAP, die vor allem Bildungsfragen in den narrativen und politischen Vordergrund rückt, könnte sich nach den Erfahrungen von »New Labour« auch in Schweden schnell erschöpfen, gerade wenn sich soziale Ungleichheiten weiter verschärfen. Dies bedeutet im schlimmsten Fall die Entkopplung von Bevölkerungsschichten, die bisher immer mehrheitlich für die SAP votiert haben.



13. Vgl. Stefan Löfven/Carin Jämtin/Mikael Damberg/Magdalena Andersson, „Vi presenterar en ny affärsplan för Sverige“, in: Dagens Nyheter, 24.09.2012, <http://www.dn.se/debatt/vi-presenterar-en-ny-affarsplan-for-sverige> [zuletzt eingesehen am 15.11.2012].
14. Vgl. Ulf Bjereld, „Reducera inte politiken till en affärsplan“, in: Dagens Arena, 24.09.2012, <http://www.dagensarena.se/opinion/ulf-bjereld-reducera-inte-politiken-till-en-affarsplan/> [zuletzt eingesehen am 15.11.2012].

Jedenfalls: Ohne eigene Vision, ohne einen kohärenten Zukunftsentwurf, der klar umrissene Narrative mit schichtenübergreifenden Reformen für Randgruppen, Teile der Mittelklasse und für traditionelle Facharbeiter verbindet, wird auch die SAP aus ihrer Oppositionsdepression nicht ausbrechen können. Die Verkündung einer reinen Chancen- und Aufstiegsgesellschaft, in der mit Bildung und Wissen alles erreicht werden kann, erscheint im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise als besonders illusorisch. Auch wenn die SAP immer zuerst eine pragmatisch handelnde Partei war, bei der Empirie und der Glaube an politische sowie wirtschaftliche Effizienz besonders ausgeprägt sind, wäre Stefan Löven gut beraten, seinem wirtschaftlichen Pragmatismus mehr Deutung, Begründungsfähigkeit und sprachliche Trennschärfe hinzuzufügen.

Der Trend geht aber in die andere Richtung. Der Haushaltsentwurf der SAP, der traditionell im Herbst auch von Oppositionsparteien vorgestellt wird, trägt den Namen »Geschäftsplan für Schweden« (*affärsplan för Sverige*).<sup>13</sup> Der Sprachgebrauch soll wohl, so die Hoffnung der Parteistrategen, den Fokus auf die Wirtschaftskompetenz der SAP richten. Der Politikprofessor und Sozialdemokrat Ulf Bjereld warnte die Partei davor, sich den wirtschaftlichen Marktgesetzen sprachlich und politisch weiter anzupassen, ansonsten würde sie ihre eigene Existenzberechtigung verlieren.<sup>14</sup> Vielleicht wird gerade an dieser sprachlichen Nuance im Titel des Haushaltsentwurfs deutlich, wie wenig Antworten die SAP dem neoliberalen Deutungsrahmen entgegenzusetzen vermag. Die Warnungen von Ulf Bjereld sollten jedenfalls nicht überhört werden. Ansonsten könnte der ehemalige Musterschüler der Sozialdemokratie im Norden Europas noch weitaus tiefer fallen. 

#### JENS GMEINER

ist Politologe und Skandinavist und Mitarbeiter  
am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

# WEIHNACHTEN – NOCH FRAGEN?

ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE



FOTOGRAFIE: WEIHNACHTSFEIER IM SCHICHTBETRIEB DER VOEST | LINZ, 1971 |  
AUS DER FOTOSAMMLUNG DES ÖSTERREICHISCHEN MUSEUMS FÜR VOLKSKUNDE |  
FOTO: HELENE GRÜNN © ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE



FOTOGRAFIE: HÄNGENDER CHRISTBAUM | HÖCH, STEIERMARK, 1964 | AUS DER FOTOSAMMLUNG DES ÖSTERREICHISCHEN MUSEUMS FÜR VOLKSKUNDE | FOTO: ELFRIEDE LIES © ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE

# Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich

In Fortsetzung seines Beitrags in ZUKUNFT 10/2012 geht Martin Schürz auf die Details der Vermögensverteilungsstudie der öNB ein und trifft seine persönlichen Schlussfolgerungen.

**B**eim Begriff des Reichtums werden wohlhabende Menschen oft zu vorsichtig abwägenden Semantikern: Wer sei schon reich und was heiße überhaupt reich? Ist Reichtum nicht stets relativ und folglich ohnehin zu relativieren? Nun haftet jedem Begriff ein Moment der Willkür an. Doch es gilt auch *omnis determinatio est negatio*, jede Bestimmung ist zugleich auch eine Verneinung. Daher wäre Reichtum stets mit seinem Gegenbegriff Armut zu konfrontieren und bei dieser Gegenüberstellung ist Überfluss und Mangel leicht erkennbar. Zumeist kollabiert jedoch die, speziell beim Terminus des Reichtums gewünschte, begriffliche Exaktheit im inhaltlichen Nebel der gesellschaftlichen Mitte.

Zur Beschreibung der Vermögensverteilung ist der Begriff des Reichtums übrigens nicht einmal notwendig: Der *Household Finance and Consumption Survey* ([www.hfcs.at](http://www.hfcs.at)) in Österreich zeigt, dass die Top-5% der Haushalte fast die Hälfte des gesamten Bruttovermögens besitzen, während die untere Hälfte der Haushalte nicht einmal 4% des gesamten Bruttovermögens ihr Eigen nennen kann. Von einer breiten Mitte kann in Österreich hinsichtlich des Vermögens keine Rede sein. Die obere Hälfte hat 96% des gesamten Vermögens. (siehe Abbildung rechte Seite)

Diese vier Gruppen lassen sich hinsichtlich Vermögenshöhe und -zusammensetzung unterscheiden:

- »untere Hälfte« (0–50): jene Haushalte, die weniger als der mittlere Haushalt an Bruttovermögen haben (bis 93.000 EUR)
- »obere Mitte« (51–80): jene Haushalte, die mehr als der mittlere Haushalt haben, aber nicht zum Top-Fünftel gehören (bis 331.000 EUR)
- »Vermögende« (80–95): jene Haushalte, die zum Top-Fünftel

- aber nicht zu den Top-5% gehören (bis 979.000 EUR)
- »Top-5%«: Vermögensmillionäre ab 979.000 EUR

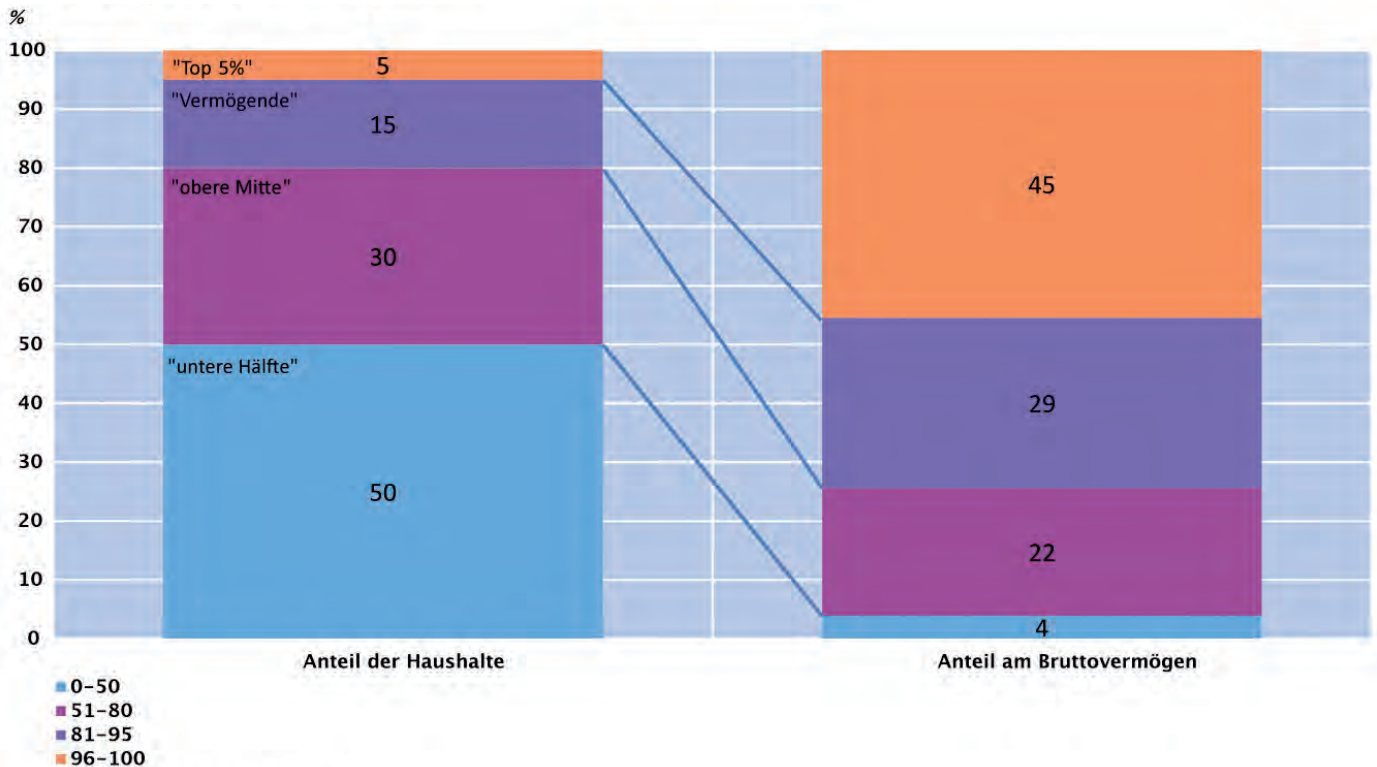
Nicht nur bei der Höhe des Vermögens zeigen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den vier Haushaltsgruppen, sondern auch bei der Vermögenszusammensetzung. Der Hauptwohnsitz prägt die Eigentumsverhältnisse in Österreich. Nur 7,5% der unteren Hälfte sind Hauptwohnsitzeigentümer. In den anderen Gruppen sind es hingegen rund 86% und mehr. Bei der unteren Hälfte handelt es sich vorrangig um Mieter, deren bescheidenes Vermögen (Median des Nettovermögens: 11.000 EUR) vor allem aus einem Auto und einem Sparguthaben besteht.

Die Unternehmensbeteiligungen sind eine Domäne der vermögenden Haushalte. Rund ein Viertel der Vermögenden und rund 68% der Top-5% haben Unternehmensbeteiligungen, während nur rund 2% in der unteren Hälfte eine solche Vermögensform ihr Eigen nennen. Die Top-5% der Haushalte verfügen im Median über mehr als 1,7 Mio EUR an Nettovermögen und haben ein breit diversifiziertes Portfolio. Besonders viele Selbstständige sind in dieser Gruppe zu finden.

## WAHRNEHMUNGEN ZUR VERMÖGENSUNGLEICHHEIT

Bei der HFC-Erhebung wurde gefragt, wo die Befragten vermögen, mit ihrem Vermögen in der Vermögensverteilung zu stehen? Es stand zu vermuten, dass die Menschen relativ unwissend hinsichtlich der Verteilung des Nettovermögens in Österreich sind und es für sie entsprechend schwierig sein würde, den eigenen Haushalt richtig innerhalb der gesamten Vermögensverteilung einzuordnen. Im Gegensatz zu anderen Ländern (USA, UK, Spanien, Italien, Deutschland usw.) war die

## VERTEILUNG DES BRUTTOVERMÖGENS



Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Datenlage zur Vermögensverteilung in Österreich bislang besonders schlecht. Diese weit verbreitete mangelnde Kenntnis über die Vermögensungleichheit in Österreich hätte aber nahegelegt, dass die Ergebnisse in ihrer Fehleranfälligkeit breit streuen. Manche Menschen sollten fälschlich vermuten, mit ihrem Vermögen zu den Reichen in Österreich zu zählen, und andere sollten irrtümlich angeben, zu den Armen zu gehören.

Doch die Fehleinschätzungen im HFCS waren nicht zufällig verteilt, sondern deutlich zur unteren Mitte hin verzerrt. Es zeigt sich, dass die Mitte ein gesellschaftlicher Sehnsuchtsort ist. Dies bedeutet nicht unbedingt, dass sich fast alle der Mitte zugehörig fühlen, sondern kann auch so interpretiert werden, dass fast alle zur Mitte gezählt werden wollen. Die Vermögensarmen verschätzen sich nach oben und die Vermögensreichen nach unten. Doch letztere verkennen viel stärker ihre tatsächliche Position in der Verteilung. Die Mitte unterschätzt ihre Position hingegen nur leicht. Sie glaubt jedenfalls nicht, wie gern behauptet wird, dass sie zu den Vermögenden zählen würde. In Österreich zählt sich fast niemand zum obersten Fünftel der Vermögensverteilung. Jener Bereich der Vermögensverteilung, der von 20% besetzt ist, wird in der Wahrnehmung der Vermögenden von noch Reichereren ausgefüllt. Die Vermögenden schätzen sich demnach selbst nicht als reich ein.

Dies kann bei reichen Menschen mehrere Gründe haben: erstens, die Reichen wissen tatsächlich nicht, dass sie im Ver-

gleich zu anderen reich sind – so geben noch Befragte mit einer Million Euro an Vermögen an, dass ihr Haushalt in der Mitte der Haushaltspopulation zu reihen sei. Möglich ist auch, dass die Vermögensreichen eine Ahnung von ihrem relativen Reichtum haben, aber vorgeben, zur Mitte zu zählen, weil sie nicht am Rand stehen wollen. So könnte es bei den Vermögensreichen die Furcht vor Neid sein und bei den Vermögensarmen die Scham, im gesellschaftlichen Statuswettbewerb nicht mithalten zu können, die die Fehlpositionierungen in der Mitte begründen.

Die wahrgenommene Vermögensungleichheit in Österreich ist jedenfalls deutlich geringer als die tatsächliche Ungleichheit. Der Ginkoeffizient würde etwa um 20% niedriger liegen, hätte man als Basis der Berechnung die Selbsteinschätzungen genommen.

## VERMÖGENSUNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICH

In Wirklichkeit beträgt der Gini-Koeffizient beim Nettovermögen aber 0,76. So ein Wert wird etwa dann erreicht, wenn von 100 Haushalten 99 nur 1.000 EUR und 1 einziger Haushalt 340.000 EUR an Vermögen hat. Der Blick auf eine einzige Maßzahl erlaubt jedoch nur einen eingeschränkten Blick auf die Verteilung. Eine Interpretation in Bezug auf den Verlauf in verschiedenen Bereichen der Verteilung ist nicht möglich. Auch werden Unterschiede in den Partizipationsraten (wer hat diese Vermögenskomponente überhaupt?) vernachlässigt. Der Ginkoeffizient von 0,90 bei der Verschuldung reflektiert etwa, dass 2/3 der Haushalte keine Schulden haben. Wenig

aussagekräftig wäre die Schlussfolgerung, dass die Ungleichheit bei der Verschuldung in der Gesellschaft am höchsten sei. Denn der Verschuldung stehen ja Sachwerte, meist Immobilienwerte, gegenüber.

Tabelle 1: Verteilungsmaße der Vermögenskomponenten

	Gini	P75/P25	P90/P50	P90/P10
Sachvermögen	0,77	75,8	9,2	- <sup>1</sup>
Finanzvermögen	0,74	11,1	7,8	196,5
Bruttovermögen	0,73	22,4	6,2	233,7
Verschuldung	0,90	-	-	-
Nettovermögen	<sup>2</sup> 0,76	24,3	7,1	581,1

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

<sup>1</sup> Nenner Null bzw. Vermögenskomponente nicht vorhanden.

<sup>2</sup> Nettovermögen beinhaltet negative Werte, daher ist der Ginkoeffizient nicht bei 1 begrenzt.

Besonders deutlich wird die ausgeprägte Ungleichheit in Österreich an der P90/P10-Ratio. Wird das Vermögen jenes Haushalts, der die Grenze zu den 10% der vermögensreichsten Haushalte bildet, in Verhältnis zum Vermögen des Haushalts gesetzt, der nach unten hin die Grenze zu den 10% vermögensärmsten Haushalten bildet, beträgt der Unterschied das 581-fache des Nettovermögens. Und in dieser Betrachtung des Abstands zwischen Oben und Unten sind noch nicht die Reichen dabei. Solche Unterschiede können nicht über Leistungsunterschiede begründet werden.

Zu den Milliardären in Österreich ist anzumerken, dass es aus dieser Gruppe keine Haushalte in der HFCS-Stichprobe gibt. Sogar in der weltweit besten Vermögenserhebung, jener der US-Notenbank FED, hat der Haushalt mit dem maximalen Wert an Vermögen nur umgerechnet etwas über 1 Mrd. EUR, und dies obwohl die FED in Zusammenarbeit dem US-Finanzministerium eine Spezialstichprobe für die Vermögenden gezogen hat, eine Möglichkeit, die die OeNB nicht hatte.

Der Anteil des obersten 1% am gesamten Vermögen in Österreich im HFCS wurde bislang noch nicht veröffentlicht.

Denn die Unsicherheit dieser Maßzahl ist hoch. Im österreichischen HFCS besteht am oberen Rand der Verteilung ein Erfassungsproblem. 2.380 erfolgreiche Interviews im HFCS bedeuten, dass die Zahl der Haushalte im Top-1% gering wäre. Ohne ein Oversampling der reichen Haushalte – wie es etwa in den USA oder in Spanien durch eine Zusammenarbeit mit den Steuerbehörden durchgeführt werden kann – ergeben sich statistische Probleme. Schon kleine Unterschiede bei der Erfassung können zu großen Unterschieden derartiger Maßzahlen führen. Ein Vergleich der zwei bekannten US-Surveys *Survey of Consumer Finances* (SCF) und *Panel Study of Income Dynamics* (PSID) dokumentiert massive Unterschiede hinsichtlich der Unterschätzung des Anteils des Top-1%.

Auch Ländervergleiche im Euroraum für derartige Maßzahlen, die ab Mitte Februar 2013 möglich sein werden und viel mediale Aufmerksamkeit erfahren werden, sollten daher mit Vorsicht beurteilt und im Hinblick auf die Unterschiede in der Erhebung der Daten untersucht werden. Über die Vermögen der besonders Reichen in Österreich gibt es weiterhin nur wenig Informationen, und die Evidenz aus Vermögensberichten (Valluga, Boston Global Consulting, McKinsey, usw.) deutet auf eine weit höhere Konzentration hin als jene, die durch den HFCS abgebildet werden konnte.

Der Mittelschichtsbias der HFCS-Daten führt dazu, dass das Immobilienvermögen – Vermögen der Mitte – im Vordergrund steht. Jene Haushalte, die ihren Hauptwohnsitz im Eigentum besitzen, haben deutlich höhere Nettovermögenswerte. So macht der Mittelwert der Eigentümer beim Nettovermögen mit rund 487.000 EUR fast das 10-fache des Wertes der Mieter aus. Der Median bei den Mietern liegt überhaupt nur bei rund 11.000 EUR. Der Mittelwert-Median-Ratio ist aber bei den Mietern deutlich höher, da es sich um eine sehr heterogene Gruppe handelt. Sowohl vermögende Dachgeschossmieter aus Wien als auch einkommensarme Gemeindefaustmieter finden sich in dieser Gruppe.

Tabelle 2: Nettovermögen nach Hauptwohnsitz

	Anteil in %	Median in Euro	Mittelwert	Mittelwert-Median Ratio
(Teil) Eigentur	47,7	241.213	487.422	2,0
Miete	46,5	11.487	51.568	4,5
Unentgeltlich	5,8	12.652	145.560	11,5

Quelle: HFCS-Austria 2010, OeNB.

Beim Finanzvermögen haben viele wenigstens ein wenig. Girokonten haben fast alle. Aber auch Sparbücher, Bausparverträge und Lebensversicherungen sind häufig. Bei den Sparkonten handelt es sich nicht um eine typische Sparvariante der Ärmeren, sondern um eine generell weit verbreitete Form des Sparens, die in ihrer Bedeutung entsprechend der Höhe des Nettovermögens der Haushalte noch steigt. Hingegen werden Fonds, Aktien, Anleihen und anderes Finanzvermögen vor allem von den vermögenden Haushaltsgruppen gehalten. (siehe Tabelle 3, Seite 32)

Die HFCS-Daten bestätigen, dass von einer ziemlich gleichen Verteilung der Einkommen keineswegs auf eine relativ gleiche Verteilung der Vermögen geschlossen werden kann. Die entsprechenden Maßzahlen für das Bruttojahreseinkommen liegen nur beim 1,5-Fachen für die obere Mitte, beim 2,3-Fachen für die Vermögenden (80. bis 95. Perzentil) und beim 2,8-Fachen für die Top-5% im Vergleich zur unteren Hälfte (siehe Tabelle 4). Beim Einkommen liegen die Medianeinkommen der Vermögenden und der Vermögenden relativ nahe beisammen liegen. Ab einer bestimmten Vermögenshöhe ist das Differenzierungsmerkmal nicht mehr die Höhe des Erwerbseinkommens, sondern des Vermögens. Und da haben die Top-5% im Durchschnitt mehr als das Fünffache des Vermögens der angrenzenden Gruppe der Vermögenden. (siehe Tabelle 4, Seite 32)

## ARM – REICH

Die im HFCS erhobene Ungleichheit wird manche erschre-

cken, wenn die Daten in Bilder übergeführt werden: Nehmen wir an, dass das Medianvermögen (75.000 €) der Medianhöhe der Österreicher entspricht (1,70m). Dann wäre der Haushalt im 95. Perzentil in Österreich bereits über 20 m hoch. Zur Chancengleichheit in Österreich wäre das entsprechende Bild eines von Riesen und vielen Kleinen. Bei einer bloßen Perspektive auf einige Superreiche hingegen scheint für alle alles möglich, eine Gesellschaft, wo jeder ein Mateschitz werden kann. Ein medialer und politischer Kristallisationspunkt bei einer ominösen Million (bei Besteuerungsideen) und bei den Millionären (bei Reichenzählungen) hat diverse Nachteile. Die definitorische Willkür ist als leicht dechiffrierbare Referenz an bloß gefühlte Reichtumswerte zu erkennen. Eine Millionärsbetrachtung mit ihrem Fokus auf Personenzahlen kann zu keinen wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen führen. Denn es steht nicht zu erwarten, dass die Politik eine bestimmte Anzahl von Millionären in der Gesellschaft zum Ziel hat. Es ist demnach ein versöhnlicher Blick auf den Reichtum einiger weniger.

Hingegen wird bei einer Anteilsbetrachtung deutlich, dass ein Kuchen in dicke Stücke für wenige und viele Krümel für die meisten aufgeteilt wird. Bei privatem Vermögen trifft eklatanter Überfluss auf krassen Mangel. Daher ist aus einer Gerechtigkeitsperspektive ein Anteilsvergleich von Arm und Reich wichtiger als die Frage nach einer Reichtumsschwelle. Bei der Frage, ab welcher Höhe denn von Reichtum zu sprechen sei, wird allzu leicht vergessen, was sich in der Gesellschaft darunter tut. Aus einer Verteilungsperspektive ist es ebenso verfehlt, Einheiten der Gesellschaft isoliert zu betrachten. Stets müssen die Abstände der Gruppen zueinander und die soziale Durchlässigkeit beachtet werden. Mitte muss in Relation zu Oben bzw. zu Unten analysiert werden und allein »die Reichen« zu betrachten, wäre aus einer Verteilungsperspektive pauschalierend verkürzt und aus einer Gerechtigkeitsperspektive würde es mögliche gesellschaftliche Veränderungsspielräume (können Arme reich werden und Reiche arm?) nicht mitdenken. Eine relationale gesellschaftliche Perspektive

## FAKTEN ZUR VERMÖGENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH VON MARTIN SCHÜRZ

Tabelle 3: Subkomponenten des Nettovermögens nach Haushaltgruppen

Haushaltsgruppen in Bruttovermögensperzentilen		alle Haushalte	"untere Hälfte" 0-50	"obere Mitte" 51-80	"Vermögende" 81-95	Top 5% 96-100
		Partizipation in %	Partizipation in %			
Realvermögen	Kraftfahrzeuge	74,9	58,6	89,1	93,7	96,8
	Hauptwohnsitz	47,7	7,5	85,7	92,0	89,9
	Andere Wertgegenstände	23,6	18,4	25,2	34,7	33,3
	Weiteres Immobilienvermögen	13,4	3,1	14,8	33,2	50,1
	Unternehmensbeteiligungen (inkl. Landwirtschaften)	9,4	1,8	4,7	24,4	68,4
Finanzvermögen	Girokonto	99,0	98,5	99,8	98,8	99,4
	Sparkonten	87,1	79,2	94,2	96,0	97,3
	Bausparvertrag	54,7	44,0	60,8	70,7	76,8
	Lebensversicherungen	38,0	26,6	41,3	61,1	62,1
	Geld, das andere dem Haushalt schulden	10,3	11,8	7,3	9,7	16,1
	Fonds	10,0	3,3	11,7	21,9	30,1
	Aktien	5,3	1,6	6,1	13,8	12,3
	Anleihen	3,5	0,5	3,8	9,5	13,3
	Anderes Finanzvermögen	2,3	1,0	1,1	4,7	14,3
	Verschuldung	Besicherte Verschuldung	18,4	1,7	33,1	37,2
Hauptwohnsitz		16,6	1,3	31,0	33,6	33,0
Andere Immobilien		2,4	0,4	2,2	6,9	9,8
Unbesicherte Verschuldung		21,4	27,4	15,0	16,7	12,9
Konto überzogen		13,6	17,1	9,7	11,0	10,4
Unbesicherter Kredit		11,1	16,1	6,4	6,5	2,6
Rückstand auf Kreditkarte		1,5	1,1	1,5	2,5	x

Anmerkung: Die Präzision der Schätzer ist für die Gruppe der Top5% und generell für Komponenten mit sehr geringer Partizipation gering. Diese Partizipationsraten sollten lediglich als Tendenz relativ zu den anderen Gruppen verstanden werden. Anteile für die es nicht in allen 5 multiple imputierten Samples Beobachtungen gibt werden nicht angezeigt (x).

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.

Tabelle 4: Vermögen und Einkommen der Haushaltgruppen

Haushaltsgruppen nach Bruttovermögensperzentilen		"untere Hälfte" 0-50	"obere Mitte" 51-80	"Vermögende" 81-95	"Top 5%" 96-100
		in Euro			
Bruttovermögen	Median	12.271	197.545	489.343	1.741.861
	Mittelwert	21.631	200.889	536.165	2.620.036
Nettovermögen	Median	10.953	178.642	461.693	1.701.137
	Mittelwert	18.486	177.723	497.461	2.571.464
Bruttojahreseinkommen	Median	24.068	37.006	57.274	71.342
	Mittelwert	29.334	45.475	68.461	107.411

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB.



wäre besonders bei steuerpolitischen Themen wichtig. Denn es ginge ja auch nicht nur darum, ob jemand persönlich von einer Vermögenssteuer betroffen ist, sondern ob eine solche Besteuerung für das Gemeinwesen richtig ist. Die vorgebliche Betroffenheit – trotz Freibeträgen – der Mitte, Landwirte, »Häuselbauer«, usw. erleichtert einen nie endenden Sermon zu einer Vermögenssteuer, die alle glücklich machen soll. Ziel ist dann eine Vermögenssteuer, von der niemand betroffen ist, mit einem erklecklichen Steueraufkommen.

Das aber wäre ein Münchhausen-Kunststück. Die Betroffenheit von einer Steuer kann nicht die entscheidende Referenz für normative gesellschaftliche Debatten sein, sondern nur für eingeengte individuelle Sichtweisen. Und in einer solchen Darstellung verdrängen alle, potentiell von einer Vermögenssteuer Betroffenen, die Vermögenslosen, die gar nicht betroffen wären, aus dem Wahrnehmungshorizont. Arme gibt es dann in der öffentlichen Wahrnehmung weiter, nur sind es dann die kleinen Häuselbauer aus der Mitte der Vermögensverteilung.

## SCHLUSSBEMERKUNG

Mit empirischen Verteilungsdaten werden die Vermögenspositionen der Haushalte aufgezeigt und damit geraten auch gesellschaftliche Machtverhältnisse in den Blickwinkel.

Werden diese Zahlen des HFCS nun eine Datenbasis für seriöse wirtschaftspolitische Debatten zur Vermögenssteuer in Österreich bilden? Dies ist fraglich, denn ungleich verteilt bleibt die politische Berücksichtigung von Diskretionswünschen der Mächtigen. Wichtige Informationen zu den Vermögenden fehlen weiterhin. Und die Wahrnehmungen und Affekte bleiben von den Fakten sowieso unberührt.

So zeigt eine Umfrage der Tageszeitung *Der Standard*, dass 35% der Bevölkerung die Erbschaftssteuer zu hoch finden, eine Steuer, die seit 2008 nicht mehr anfällt. Vermutlich liegt es weniger an den Defiziten einer rationalen Aufklärung über

die Vermögensverteilung in Österreich als an den verfestigten gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Theodor W. Adorno formulierte prägnant: »Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, sich weder von der Macht der anderen, noch der eigenen Ohnmacht dumm machen zu lassen.«

**MARTIN SCHÜRZ**

arbeitet als Ökonom, der Beitrag spiegelt seine Privatmeinung wider.

# Ein weiter Weg zu einem sozialen Europa

**Krise und wachsende** Ungleichverteilung führen in ganz Europa zu steigender Armut. Andreas Höferl und Susanne Halmer untersuchen europäische Armutsentwicklungen und Mindestsicherungssysteme.

**D**er Weg zum sozialen Europa ist noch weit. Derzeit bewegen wir uns sogar in eine entgegen gesetzte Richtung. Denn während mit hunderten Milliarden Euro Bankensysteme gerettet werden, ist jedeR Sechste in der EU armutsgefährdet. Die Umverteilung, die in der Union im Gange ist, lässt die Armut steigen und beansprucht dafür auch noch öffentliche Mittel. Die sozialen Sicherungssysteme können diesen Trend nicht stoppen.

Der neue Bericht der »Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung« (ÖGPP) zeigt: Die Armut in der EU steigt. Die Gesellschaft beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Erhebungen zu Armut und Reichtum. Die beiden »Armut- und Reichtumsberichte für Österreich« (2004 und 2008 erschienen) lieferten viele Fakten für die innerösterreichische Debatte um Verteilungsgerechtigkeit. Im aktuellen Bericht wird die Entwicklung der Armut in der EU, ihren Staaten, Regionen und Städten dargestellt.

81 Millionen Menschen sind in der EU armutsgefährdet – das sind so viele Menschen wie ganz Deutschland EinwohnerInnen hat. Im reichsten Kontinent der Erde ist jeder sechste Mensch armutsgefährdet. Besorgniserregend ist vor allem, dass die Armutsgefährdung in den letzten zehn Jahren gestiegen ist, von 15 auf durchschnittlich 16,5 Prozent der Bevölkerung. Das ist eine Zunahme um 7 Millionen (von 74 auf 81 Millionen) Menschen.

Der höchste Anstieg wurde in jenen Staaten festgestellt, die von der Finanzkrise besonders stark betroffen sind: Irland und Spanien etwa. Aber auch Italien meldete kürzlich einen Anstieg der Armutsgefährdung innerhalb von nur einem Jahr von 17 auf 22 Prozent der Bevölkerung.

Armut ist dabei kein Phänomen vermeintlich armer süd- oder osteuropäischer Staaten, im Gegenteil: Die meisten Armutsgefährdeten in der EU leben im reichen Westeuropa. 36 Millionen armutsgefährdete Menschen – fast die Hälfte der Armutsgefährdeten in der EU – leben in Ländern wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien. Erst mit Abstand folgen die Länder Südeuropas (zusammen 25 Millionen Armutsgefährdete) und Osteuropas (17 Millionen Armutsgefährdete). Skandinavien hat – auch dank eines gut ausgebauten Sozialsystems – »nur« drei Millionen Armutsgefährdete

Die Länder mit den prozentuell höchsten Armutsgefährdungsquoten sind die baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien sowie Spanien, Griechenland und Italien: in diesen Staaten ist durchschnittlich jeder fünfte Mensch armutsgefährdet, in manchen Regionen dieser Staaten sogar jeder dritte. Die Staaten mit der geringsten Armutsgefährdungsquote sind (noch) Tschechien und die Slowakei sowie die Niederlande.

## ÜBER DEM DURCHSCHNITT

Armutsgefährdung ist zudem ein Phänomen großer Städte und Ballungsräume, in welche die Menschen in der Hoffnung auf Arbeit und Einkommen ziehen. In fast allen großen Städten der EU liegt die Armutsgefährdung (so weit sie erfasst wird) über dem Durchschnitt des jeweiligen Landes, wobei Städte wie London (mit 28 Prozent Armutsgefährdung) besonders negativ herausragen.

In Österreich gibt es etwa eine Million armutsgefährdete Menschen. Das sind 12 Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 2010 war das die viertniedrigste Quote in der EU. Zudem ist diese Quote im letzten Jahrzehnt relativ konstant geblieben. Die Zahl der tatsächlich Armen ist aber im Steigen begriffen. Auch wenn Österreich im europäischen Vergleich damit gut

positioniert ist, darf sich ein wohlhabendes Land damit nicht zufrieden geben. Denn wie reich unser Land ist, das ausreichend Vermögen vorhanden ist und es letztlich »nur« um Verteilungsfragen geht, zeigt die aktuelle Vermögensverteilungsstudie der Österreichischen Nationalbank.

In Österreich wie auch in Europa insgesamt sind nicht alle Menschen im gleichen Ausmaß von Armut betroffen. Am häufigsten betroffen sind arbeitslose Menschen, Teilzeitbeschäftigte, Menschen mit geringer Bildung, AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien, alte Menschen und Zuwanderer. Bei diesen Gruppen ist die Armutsgefährdung meist doppelt oder dreifach so hoch wie im Durchschnitt des Landes.

## SOZIALEISTUNGEN

Europa hat eine lange sozialstaatliche Tradition, womit es sich deutlich von den USA oder Wirtschaftsmächten in Asien unterscheidet. Soziale Leistungen des Staates halbieren in der EU die Armutsgefährdung. Oder anders gesagt: Die Armutsgefährdung und letztlich auch die Armut wären in den EU-Staaten doppelt so hoch, gäbe es keine Sozialleistungen. Im europäischen Durchschnitt hat ein Viertel der Bevölkerung (26 Prozent bzw. 127 Millionen Menschen) so wenig Einkommen (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens des jeweiligen Landes), dass sie armutsgefährdet wären, gäbe es keine Sozialleistungen. Durch soziale Transferleistungen sind es »nur« 16,5 Prozent. In Österreich wäre ebenfalls ein Viertel der Bevölkerung (24 Prozent bzw. 2 Millionen Menschen) armutsgefährdet, wenn es keine Sozialleistungen gäbe. Durch solche sind es hierzulande nur 12 Prozent.

Wie sehr daher Sparen bei sozialen Leistungen der Staaten (ob Sach- oder Transferleistungen) dem Ziel einer Verminderung der Armutsgefährdung entgegenwirkt, zeigt sich am Beispiel Deutschlands, wo die Armutsgefährdung unter Arbeitslosen (mit 70 Prozent) die höchste Europas ist! Der »Wirtschaftsmotor«, der »Exportweltmeister« Deutschland

war zuletzt (2010) mit über 12,6 Millionen Menschen der EU-Staat mit der absolut höchsten Zahl an Armutsgefährdeten. Geht's der Wirtschaft gut, geht's offensichtlich nicht zugleich auch den Menschen gut.

Das bedeutet nicht, dass soziale Systeme nicht immer auch auf ihre Treffsicherheit geprüft werden sollen. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung in Österreich – ab 2010 etappenweise in den Bundesländern eingeführt – ist ein Schritt in diese Richtung. Sie ist der Versuch, die Sozialhilfesysteme mit bestimmten Mindeststandards zu versehen und Menschen zurück in den Arbeitsmarkt, in größere finanzielle Eigenständigkeit zu führen.

Ein Vergleich der Mindestsicherungssysteme der Bundesländer durch die ÖGPP zeigt, dass dieses grundsätzliche Ziel wohl erreicht wurde, die Systeme jedoch regional noch immer sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Viele Bundesländer nützen die ihnen gegebene Möglichkeit, von den Mindeststandards abweichende höhere Leistungen zu gewähren. Das bedeutet aber auch: Der Wohnsitz entscheidet immer noch über die Höhe finanzieller Unterstützung. Für AlleinerzieherInnen-Haushalte mit einem Kind macht dieser Unterschied immerhin rund 100 Euro im Monat aus, je nachdem ob dieser in Kärnten oder Oberösterreich lebt. Für eine Familie mit zwei Kindern sogar 140 Euro im Monat, je nachdem ob diese in Kärnten oder Wien lebt.

Die ÖGPP hat auch Mindestsicherungssysteme in der EU untersucht, um das österreichische Modell in einem internationalen Kontext abzuwägen. Sieben ausgewählte Staaten bzw. Systeme (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Schweden und Spanien) wurden mit Österreich verglichen. So unterschiedlich die Systeme aufgrund einer unterschiedlichen sozialstaatlichen Tradition ausgeprägt sind, gemeinsam ist ihnen vor allem die Absicht, Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen. Was angesichts von aktuell 25 Millionen Arbeitslosen in der EU ein schwieriges Unter-

fängen scheint. Die Systeme sind damit Ausdruck der Lissabon-Strategie (des Jahres 2000) mit ihrer stark ökonomisierten Ausrichtung. Eines der Ziele der Lissabon-Strategie – die Armutsverminderung – wurde jedenfalls ganz klar verfehlt.

Von Relevanz ist in diesem Zusammenhang auch die in den letzten Jahren neu aufgeflamnte Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen, mit dem Menschen aus der Abhängigkeit von Erwerbsarbeit befreit werden sollen. Die Studie widmet sich abschließend auch der Frage, inwiefern eine europäische Mindestsicherung möglich ist. Nachdem der letzte Vorstoß für ein europäisches Sozialmodell (von Jacques Delors) schon über 20 Jahre zurückliegt, ist die Wahrscheinlichkeit dafür derzeit aber als gering einzuschätzen.

### EIN KERNZIEL

Die EU definiert in ihrer neuen Strategie 2020 als eines der fünf Kernziele (neben Beschäftigung, Innovation, Klimapolitik und Bildung) – wieder einmal – die Verminderung von Armut, diesmal um 20 Millionen Menschen bis zum Jahr 2020. Soll dieses ehrgeizige Ziel erreicht werden, so müsste bis 2020 jeder vierte Armutsgefährdete in der EU den Sprung aus der Armutsgefährdung schaffen. In Österreich wären das knapp eine Viertel Million Menschen, also eine Reduktion der Zahl der Armutsgefährdeten von etwa 1 Million auf rund 750.000 Menschen.


Die Mitgliedstaaten haben hierzu nationale Ziele und Maßnahmen zu definieren. Österreich hat das getan und im »Nationalen Reformprogramm Österreich« erklärt, bis 2020 die Zahl der Armutsgefährdeten und Ausgegrenzten in unserem Land um 235.000 Menschen verringern zu wollen. Die konkreten Maßnahmen dazu sind: die verstärkte Förderung des Berufseinstieges Jugendlicher und der Ausbau ganztägiger Schulangebote, Bildungsprogramme für MigrantInnen, verstärkte Lohnsubventionen und Eingliederungsbeihilfen für Langzeitarbeitslose, die Verbesserung der Kinderbetreuung und die Erhöhung der Einkommenstransparenz, damit Frauen

bessere Einkommenschancen bekommen, die Weiterentwicklung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und die stärkere Unterstützung pflegbedürftiger Menschen (durch einen Pflegefonds).

Die Tendenz der letzten Jahre zeigt in Europa allerdings keinen Rückgang, sondern einen deutlichen Anstieg der Armutsgefährdung. Soll das Ziel in den verbleibenden Jahren bis 2020 erreicht werden, bedarf es somit einer radikalen Trendumkehr in der europäischen Politik. Dann brauchen nicht nur Banken Rettungspakete, sondern vor allem Zigmillionen Menschen, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise arbeitslos werden und verarmen. Dann braucht es weit mehr Anstrengungen zur Armutsbekämpfung nicht nur durch die Mitgliedstaaten, sondern vor allem in der grundsätzlichen Politik der EU. Dann sollte sich die EU weniger Sorgen um Geldgeber und Finanzmärkte machen, als um die Menschen, ihr Vertrauen in die EU und damit die Zukunft der EU selbst.

Für armutsgefährdete Haushalte wird das Leben in Europa und auch in Österreich zunehmend schwieriger. Bereits dringend erforderlich wäre es, finanzielle Belastungen (vor allem durch Wohn- und Energiekosten) zu bremsen, etwa durch Mietzinsbegrenzungen. Die Liberalisierung der Wohnungsmärkte, die Reduzierung einer öffentlichen Wohnbauförderung und der Verkauf unzähliger kommunaler Wohnungen in den vergangenen Jahrzehnten haben in der EU zu einer deutlichen Verteuerung der Wohnkosten bei gleichzeitig höheren Renditen für Wohnungseigentümer geführt. Auch die Liberalisierung und Privatisierung des Energiemarktes in der EU hat nicht – wie versprochen – zu mehr Wettbewerb und Kostensenkung geführt. Hier hat die EU-Kommission bereits vorgeschlagen, den hohen Belastungen der Haushalte durch Sozialtarife der Energieversorgungsunternehmen entgegen zu steuern. In Großbritannien und Belgien sind sie bereits verwirklicht.

Nachdem die Steuerpolitik nach wie vor weitgehend im Gestaltungsbereich der Mitgliedstaaten liegt, können Staaten

wie Österreich auch selbst für eine gerechtere Verteilung des Reichtums – etwa durch den (weiteren) Abbau von Steuerprivilegien für bestimmte Einkommen und Vermögen – sorgen. Österreich hat nicht nur die niedrigste Vermögensbesteuerung der OECD. Österreich ist auch reicher denn je: Die gesamten Geldvermögen sind in Österreich 2011 weiter auf über 3.300 Milliarden Euro gestiegen – eine Zunahme um rund 50 Milliarden Euro allein gegenüber 2010, wie die Österreichische Nationalbank ausweist. Das sind umgerechnet fast 400.000 Euro reine Geldvermögen pro Kopf in diesem Land. Wie reich könnte unser Land also tatsächlich sein, wie sorgenfreier das Leben vieler Menschen sein, wenn dieser Reichtum besser, gerechter verteilt wäre und in eine bessere Kinderbetreuung, ein besseres Bildungssystem, die Forschung und Entwicklung, die Hochschulen, moderne Arbeitsplätze, leistbare Wohnungen, sichere Pensionen oder eine ausreichende Pflege investiert werden könnte. 

**DR. ANDREAS HÖFERL** ist wissenschaftlicher Leiter,  
**SUSANNE HALMER** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin  
der Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und  
Politikentwicklung.

# Nelson Mandelas Leadership

**Peter Jankowitsch bespricht** das jüngst erschienene Buch Georg Bachers »Nelson Mandela – Die Rolle von Political Leadership im Transformationsprozess Südafrikas« und verbindet das mit einer näheren Würdigung des politischen Werdegangs der Symbolfigur des südafrikanischen Anti-Apartheid-Kampfes und seines politischen Erbes.

**A**us den Führungspersonlichkeiten des späten 20. Jahrhunderts, die mit ihrem Wirken und ihren Persönlichkeiten beherrschenden Einfluss auf den Lauf der Geschichte ihrer Völker ausgeübt und ihnen eine entscheidende Wende gegeben haben, ragt in besonderer Weise die Gestalt Nelson Mandelas heraus, ohne den die Entwicklung des modernen Südafrika einen ganz anderen Verlauf genommen hätte.

Der reizvollen und faszinierenden Aufgabe, der Frage, was das Besondere an dieser auch im heutigen Afrika einmaligen Führungspersonlichkeit ausmacht, nachzugehen und dabei auch die außerordentlichen Erfolge seines Eingreifens in einen der schärfsten und langwierigsten Konflikte, die auf afrikanischem Boden entstanden waren, zu erklären, widmet sich eine an der Universität Wien in der Serie »Politik und Demokratie« (herausgegeben von Helmut Kramer und Eva Kreisky) entstandene Studie eines Autors mit ausgewiesenen Kenntnissen und Erfahrungen zu Politik und Geschichte Südafrikas.

Die besondere Rolle, die Nelson Mandela nach und nach zufiel und die ihn schliesslich zu einer der markantesten Symbolfiguren des südafrikanischen Befreiungskampfes machte, findet eine erste Erklärung in seiner aristokratischen Herkunft aus einer der traditionellen Herrscherfamilien des Transkei und seine Sozialisation an einem »königlichen Hof«, die ihm ein besonderes Menschenbild und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Macht, ebenso wie Loyalität gegenüber Freunden, der Familie und der sozialen Gemeinschaft vermittelt. Dazu kommen Einflüsse seiner Erziehung in einer Missionsschule der Methodisten, wo sich traditionelle afrikanische Werte mit jenen der viktorianischen Epoche vermischen.

Ausgestattet mit einem so sicheren Hintergrund bildet sich in dem jungen Xhosa-Adeligen, der im weißen Johannesburg der 1940er Jahre mit allen Phänomenen sozialer Ungleichheit und rassistischer Diskriminierung konfrontiert wird, eine Grundeinstellung zu Widerstand und Überwindung des Systems. Sie wird fortan sein politisches Wirken bestimmen und ihn rasch in die Führungsebenen des Afrikanischen Nationalkongresses, des ANC, der ältesten politischen Bewegung des schwarzen Südafrika führen.

## EIN NEUES SÜDAFRIKA

Es gehört zu den weiteren Besonderheiten dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit, dass sich nicht nur seine nie umstrittene Führungsrolle, sondern auch seine politische Philosophie und sein Bild von der Zukunft der südafrikanischen Gesellschaft vor allem auch in den 27 Jahren seiner Gefangenschaft in den Kerkern eines zuletzt immer repressiver und raffinierter agierenden Apartheidregimes heranbilden werden.

Viele Zeugnisse geben im Übrigen darüber Auskunft, wie sehr nicht nur Nelson Mandela, sondern auch seine Mithäftlinge – wie etwa der ihm besonders nahe Walter Sisulu – trotz aller Widrigkeiten des Gefängnislebens und trotz aller oft kleinlichen Schikane diese Zeit genutzt haben, um ihre Vision eines neuen Südafrikas, des Übergangs vom Apartheidssystem zur multirassischen Demokratie zu entwickeln.

In diesen Jahren bildet sich aber auch in Südafrika und in der Welt das Bild Nelson Mandelas als unerschrockene Führungspersonlichkeit, die dem Apartheidssystem die Kraft ihrer Überzeugung und ihren unerschütterlichen Widerstandswillen entgegensetzt. Sie findet Anerkennung nicht nur

in der großen Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas, die in ihm den »leader« erkennt, der das Apartheidsystem herausfordern kann, sondern, nicht zuletzt unter dem Einfluss einer stets wachsenden globalen Anti-Apartheidbewegung, auch im Rest der Welt, die sich durch viele Zeichen Nelson Mandela zuwendet. So erhält in diesen Jahren etwa auch in Österreich der berühmteste politische Gefangene der Welt den Bruno-Kreisky-Preis für Menschenrechte.

Nur mit dieser Stärke und dieser Legitimität ausgestattet wird es ja Nelson Mandela nach seiner Freilassung 1990 möglich sein, einen so bestimmenden Einfluss auf den nun langsam einsetzenden Transitionsprozess zu erlangen und ihn in allen seinen Phasen, vor allem auch während der zahlreichen Krisen und Rückschlägen, von denen er bis zu den ersten freien Wahlen 1994 gekennzeichnet war, immer wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Nur diese Stärke und Legitimität verschaffen ihm auch den Respekt seiner Gegner und Gegenspieler, die nicht nur im Lager des weißen Südafrikas zu finden sind, etwa in der Person des lange mächtigen Inkatha-Führers Mangosuthu Buthelezi aus Kwa Zulu Natal und seiner Versuche, einen afrikanischen Gegenpol zu Mandela und dem ANC zu schaffen.

Vor allem ist es immer wieder dem Eingreifen Nelson Mandelas und seiner Ausstrahlung zu verdanken, wenn Extremisten beider Seiten, die immer wieder versuchen, mit Gewalt und Blutvergießen dem Transitionsprozess eine andere Richtung zu geben, im Zaum gehalten und schliesslich marginalisiert werden können. Dies zeigt vor allem das Ergebnis der ersten freien Wahlen, in denen diese Gruppen wie der PAC oder die weisse Freiheitsfront VF nie mehr als ein oder zwei Prozent der Stimmen erhalten werden.

Besonders stark kommen bestimmende Eigenschaften der Persönlichkeit Nelson Mandelas in den dann relativ kurzen Jahren seiner formellen Regierungszeit als erster, das ganze Südafrika repräsentierender Präsident zum Ausdruck, in der

er einer Regierung der nationalen Einheit vorsteht. Hier legt er das Hauptgewicht seiner Tätigkeit auf immer neue Gesten der Versöhnung und des Ausgleichs, in die auch führende Repräsentanten des vergangenen Apartheidregimes einbezogen werden, während die eigentlichen Regierungsgeschäfte allmählich auf seine Nachfolger, allen voran Thabo Mbeki, übergehen.

## VERSÖHNUNGSPROZESS

Unter dem Einfluss dieser Gesten verschwinden damit zunehmend Ängste und Besorgnisse, wie sie besonders unter der weißen Bevölkerung weit verbreitet waren. Einen Höhepunkt dieses Versöhnungsprozesses bildet schließlich die Einrichtung und die Arbeit der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, die sich nicht nur mit den Verbrechen und Verfehlungen des Apartheidregimes befassen wird, sondern auch die dunklen Seiten des ANC im Befreiungskampf nicht ausklammert.

Das Südafrika, das Nelson Mandela seinen Nachfolgern, als erstem seinem Vize-Präsidenten Thabo Mbeki übergeben wird, war damit eine starke, neue afrikanische Demokratie, die auch unter den Nationen der Welt rasch wieder ihren angestammten Platz gefunden hatte. Wie wenige andere hatte ja gerade Nelson Mandela dazu beigetragen, Südafrika, auch durch seine persönlichen Kontakte zu Führungspersönlichkeiten vor allem der westlichen Welt, wieder hohes internationales Ansehen zu verschaffen. Südafrika wurde dabei nicht nur in den Vereinten Nationen oder der damaligen Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) aktiv, sondern übernahm auch eine Führungsrolle in der Bewegung der Blockfreien, deren Gipfelkonferenz 1998 in Durban tagte. Damit kam auch Solidarität mit Afrika und der Dritten Welt insgesamt zum Ausdruck.

Darüber hinaus wurde ein Südafrika, das sich unter Nelson Mandela vor allem auch der Verteidigung von Menschenrechten und Grundfreiheiten verschrieben hatte, immer

wieder zum Vermittler in innerafrikanischen Krisen wie etwa jener, von der das benachbarte Zimbabwe durch den autoritär gewordenen Führungsstil Robert Mugabes erschüttert wurde.

Wie sehr allerdings dieser Aufstieg Südafrikas vom Pariah unter den Nationen zu einer der größten, auch wirtschaftlichen Erfolgsgeschichten in Afrika untrennbar mit einer außerordentlichen Führungspersönlichkeit wie jener Nelson Mandelas verbunden war, zeigt der seitherige, viel weniger erfolgreiche Weg dieses Landes unter neuen, offenbar weitaus schwächeren Nachfolgern.

### SCHWACHE OPPOSITION


Kamen noch um die Jahrtausendwende 40% des BNP aller 48 Länder südlich der Sahara aus Südafrika, so hat heute das Land eine schwere wirtschaftliche, aber auch politische Krise erfasst, deren äußeres Zeichen Unruhen und wilde Streiks in seiner Bergbauindustrie, eine hohe Arbeitslosenrate von mindestens 25%, ein dürftiges Erziehungssystem und immer größere Unterschiede zwischen Arm und Reich sind. Sein politisches System leidet unter dem Gewicht eines übermächtigen ANC, in dessen Machtsphäre sich Korruption und Nepotismus ausgebreitet haben.

Eine immer noch schwache Opposition versperrt den Ausweg aus einem Einparteiensystem, so sehr ihre heute stärkste Kraft, die *Democratic Alliance* bemüht ist, auch für immer weitere Schichten unter der schwarzafrikanischen Wählerschaft wählbar zu werden.

Der Platz Südafrikas als erste Wirtschaftsmacht Afrikas, die heute noch zu den BRICS gezählt wird, erscheint damit ernsthaft von Ländern wie Nigeria oder auch Angola, die Wachstumsraten von mehr als 10% aufweisen, gefährdet.

Gewiss bleibt noch so manches aus dem reichen Erbe Nelson Mandelas erhalten, vor allem ein demokratisches System und ein funktionierender Rechtsstaat, der in Ländern südlich

der Sahara seinesgleichen sucht: Zweimal bereits hat das Land einen geregelten, friedlichen Machtwechsel vollzogen, der anderen afrikanischen Ländern, in denen sich häufig autoritäre Amtsinhaber an ihre Macht klammern, zum Vorbild dienen sollte.

Die Rolle und das Vorbild einer Persönlichkeit wie die Nelson Mandelas gewinnt hier ihre besondere Bedeutung und verdient eine so gründliche und tiefeschürfende Analyse wie sie Georg Bacher in seiner Studie bietet, die sein Beispiel und seinen Werdegang über den unmittelbaren afrikanischen Kontext hinaus in den größeren Zusammenhang und die neuesten Ergebnisse der Political-Leadership-Forschung stellt. 

### PETER JANKOWITSCH

ist Diplomat und Außenpolitiker und fungierte als Botschafter, Abgeordneter zum Nationalrat und Staatssekretär und ist der bis dato letzte sozialdemokratische Außenminister Österreichs. Er hat sich, besonders auch im Rahmen der Sozialistischen Internationalen, mit Fragen Afrikas und der Dritten Welt auseinandergesetzt.

Georg Bacher: Nelson Mandela, Political Leadership im südafrikanischen Transformationsprozess; Peter Lang, Frankfurt/Main 2011





# WEIHNACHTEN – NOCH FRAGEN?

ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE

HABERGEISSMASKE AUS EINEM NIKOLAUSPIEL | PUSTERTAL, SÜDTIROL, ITALIEN, UM 1900 | AUS  
DEN SAMMLUNGEN DES ÖSTERREICHISCHEN MUSEUMS FÜR VOLKSKUNDE | FOTO: CHRISTA KNOTT  
© ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE

# Vom »dunklen Ritter« lernen

**Thomas Riegler analysiert** in seinem Beitrag, was uns die Batman-Filme über unsere Gegenwart verraten.

**Z**ugegeben, es ist ganz sicher nicht jedermanns Sache: Ein Hollywood-Blockbuster über einen Milliardär, der nächstens in ein Fledermauskostüm schlüpft, um einen Privatkrieg gegen das Verbrechen zu führen. Dieser »Batman« ist seit den Tagen der Großen Depression eine der zentralen Figuren des US-amerikanischen Comicuniversums.

Seine Abenteuer wurden auch immer wieder verfilmt: War die Herangehensweise in den 1960er Jahren noch knallbunt und selbstironisch, spiegelten die Leinwandversionen ab Ende der 1980er Jahre die zunehmende Wandlung des Protagonisten in einen »dunklen Ritter« wieder. Den vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Stilisierung in Christopher Nolans Trilogie (*Batman Begins*, 2005, *The Dark Knight*, 2008 und *The Dark Knight Rises*, 2012), die in diesem Artikel zentral behandelt wird.

Ein kritischer Blick auf diesen Stoff lohnt sich auf jeden Fall, ganz gleich ob man für diese Art der Massenunterhaltung empfänglich ist oder nicht. Denn in vielerlei Hinsicht reflektieren Nolans Batman-Filme die großen Gefühle und Themen unserer Zeit – vor allem was die Ängste und das zunehmende Unbehagen seit 2001 angeht.

Das Medium Film schafft in diesem Fall ein fiktives Paralleluniversum, das primär zur Unterhaltung dient, aber dem Publikum gleichzeitig einen Spiegel vorhält. Vor allem aber wird die Möglichkeit geboten, eigene Ängste zu durchleben – in der sicheren Umgebung eines Kinosaals oder eben vor dem TV-Schirm. Gerade weil es sich bei Nolans Trilogie um eine der teuersten und erfolgreichsten Produktionen der Filmgeschichte handelt, ist sie auch kulturell so wirkungsmächtig – und sollte daher unbedingt in die Analyse aktueller politischer und sozialer Entwicklungen einbezogen werden.

## »DU MUSST MEHR SEIN ALS NUR EIN MENSCH IM KOPF DEINES GEGNERS«

Aufschlussreich sind Nolans Batman-Filme vor allem was den Status Quo in den USA betrifft: Sie zeigen eine zutiefst verunsicherte Nation vor dem Hintergrund der Terroranschläge des 11. September 2001 und einer anhaltenden Wirtschaftskrise. Es ist kein Zufall, dass in diesem Kontext vor allem »dunkle« Helden Konjunktur haben. In einer Zeit bröckelnder staatlicher Strukturen und sich auflösender Gemeinwesen, verspricht ein überlebensgroßer Vigilant Schutz vor allgegenwärtig erscheinenden Bedrohungen: Terrorismus, Kriminalität und Chaos in den Straßen.

Die staatlichen Institutionen dagegen haben an Vertrauen eingebüßt. Man zweifelt an ihrer Fähigkeit, der Lage Herr zu werden. In dieser Situation tritt Batman auf – ein anonymen Einzelkämpfer, ausgerüstet mit einem futuristisch anmutenden Arsenal, das ihm größtmögliche Schlagkraft und Mobilität verleiht. Hinzu kommen noch die Fledermauskostümierung, allerlei asiatische Kampfsporttricks und spektakulär inszenierte Auf- und Abtritte. Das sorgt für maximale Furcht und Verwirrung bei Kriminellen, aber auch für Faszination in der Öffentlichkeit. Den Rat eines Lehrmeisters hat Batman jedenfalls verinnerlicht: »Theatralik und Täuschung sind machtvolle Verbündete. Du musst mehr sein als nur ein Mensch im Kopf deines Gegners.«

Die Anonymität hinter der Maske soll klarmachen, dass »jeder« Batman sein könne, behauptet der Protagonist einmal. Aber das stimmt so nicht: Erst die materiellen Möglichkeiten seines realen Multi-Milliardärs-Daseins ermöglichen den privaten *War on Crime*. Bruce Wayne, wie Batman mit bürgerlichem Namen heißt, ist ein traumatisiertes Verbrechenopfer. In Kinderjahren wurden seine Eltern vor seinen Augen erschossen. Der nagende Schmerz und der Wunsch nach Rache

sind die eigentlichen Motive, die ihn fortan antreiben. Eben weil das korrupte System ihm keine Gerechtigkeit verschaffen konnte, nimmt Wayne als »Batman« die Sache selbst in die Hand. Dabei akzeptiert er nur eine Regel: Niemanden zu töten. Das ist letztlich auch der einzige Unterschied zwischen ihm und den herkömmlichen Gesetzesbrechern, die er bekämpft. Aber indem sich Wayne über seine zweite, geheime Identität zu einem wirkungsmächtigen Symbol hochstiliert, macht er sich unangreifbar: »Man muss die Leute durch dramatische Ereignisse aufrütteln, aber das kann ich als Bruce Wayne nicht tun. Als Mensch aus Fleisch und Blut werde ich ignoriert oder getötet. Aber als Symbol – als Symbol kann ich unbestechlich sein und unvergänglich.«

Dabei Wayne ist nicht nur bloß auf sich selbst fixiert, sondern begreift seinen Einsatz auch als Dienst an der Gemeinschaft. Schon sein Vater hatte als philanthropischer Reicher versucht, Ungerechtigkeiten auszugleichen, indem er ein öffentliches Verkehrsnetz installierte. Dieselbe systemstabilisierende Rolle nimmt nun sein Sohn ein, indem er das zunehmende Auslassen des Staates im Sicherheitsbereich kompensiert. Dass Wayne als Angehöriger der Oberschicht davon natürlich auch selbst am meisten profitiert, liegt auf der Hand.

### **»SCHAFTE GENÜGEN HUNGER UND JEDER WIRD EIN KRIMINELLER«**

Die Millionenstadt Gotham City ist der zentrale Handlungs-ort im Batman-Stoff. Wurde sie noch in den 1990er Jahren als futuristisch gezeichnet, verortete Christopher Nolan die Stadt in unserer Gegenwart: In Teil 2 war unschwer die kalte, modernistische Architektur von Chicago erkennbar, in Teil 3 wurde die Halbinsel Manhattan mit ihren Wolkenkratzern und spiegelglatten Glasfassaden ins Bild gerückt. Gleichzeitig spart Nolan die Schattenseiten nicht aus: Bittere Armut herrscht am untersten Ende, ein riesiger Slum, die Narrows, ist vom Rest der Stadt durch Wasser abgeschlossen. Aber diese Wirtschaftskrise, die Gotham plagt, ist »gemacht« – sie ist das Resultat einer Form ökonomischer (neoliberaler?) Kriegsfüh-

rung, eröffnet einer von Batmans Gegnern: »Über die Jahre sind unsere Waffen immer ausgefeilter geworden. Im Falle von Gotham haben wir eine neue ausprobiert. Wirtschaft. [...] Schaffe genügend Hunger und jeder wird ein Krimineller.« Ein anderes Mal, als ausgerechnet die Börse überfallen wird, stellt ein Trader einen der Angreifer zur Rede: »Hier gibt es kein Geld, dass Du stehlen könntest.« Daraufhin entgegnet dieser knapp und bestimmt: »Warum sonst wärt Ihr dann hier?«

Die zeitgemäße Kulisse und die Anspielungen auf die triste wirtschaftliche Situation sind kein Zufall – Nolan hat Batman überhaupt konsequent dem Comic-Kontext genommen und bewusst »realistisch« gestaltet: Wir sehen Wayne dabei zu, wie er sein Bat-»Logo« quasi werbetechnisch gestaltet und bekommen die Wirkungsweise der Gadgets genau erklärt. Das »Batmobile« mutiert ganz nüchtern zu einem multifunktionalen Brückenlegepanzer, der es nicht über den Prototypen hinausgeschafft hat. Dass das Unternehmen, dem Wayne seinen Reichtum verdankt, Teil des militärisch-industriellen Komplexes ist, erleichtert ihm überhaupt die Aufrüstung zur Ein-Mann-Kampfmaschine.

### **SUPERSCHURKEN, DIE DIE SYSTEMFRAGE STELLEN**

Einigermaßen realistisch sind auch die Bedrohungen, denen sich Batman stellen muss. Die grotesk-komischen Schurken der Vergangenheit haben dabei als Widerpart ausgespielt. Vielmehr erinnern die Techniken, Pläne und Machenschaften der neuen Gegner an aktuelle Szenarien: Angriffe auf die städtische Wasserversorgung und Infrastruktur, Kursmanipulationen an der Börse und »Enthauptung« des Systems mittels gezielter Attentate. Die Urheber dieser Gewalt – der Ninja-meister »Ras al-Ghul«, der psychopathische »Joker« und der Söldner »Bane« – wiederum sind Archetypen des Bösen, die mit traditionellen Kriminellen nichts am Hut haben. Ihnen geht es nicht um persönliche Bereicherung, sondern gleich ums Ganze: Die symbolische Ordnung der Dinge zu zerstö-

ren und Gotham City ins Chaos zu stürzen. An dieser Eskalation ist Batman nicht ganz unschuldig: Den Platz des herkömmlichen Verbrechens, das er aufgemischt hat, nehmen Superschurken ein. »Es gibt keinen Weg zurück. Du hast die Dinge verändert. Für immer«, stellt der Joker klar. Selbst Batman schaudert vor dieser Konfrontation und den daraus resultierenden Konsequenzen: »Ich dachte, ich würde das Gute inspirieren, nicht Wahnsinn.«

Während der Batman-Comicstoff Kriminalität bislang als Werk von Geisteskranken pathologisierte, erfolgt somit bei Nolan eine Politisierung – und zwar in eine bestimmte rechtskonservative Richtung. Seine Schurken begnügen sich nicht damit Reichtümer zu stehlen, sie stellen die Systemfrage. In Teil 2 lässt der Joker einen »Berg« aus Dollarbündeln einfach in Flammen aufgehen – die Botschaft, die er damit aussenden will, lautet schlicht und einfach: »Alles brennt.« Dann versucht der Joker seine Opfer zu fatalen Entscheidungen zu zwingen, die sie selbst kompromittieren und schuldig machen. Auf diese Weise soll deutlich gemacht werden, dass Kontrolle eine Illusion der Herrschenden ist – und es nur eines »push« bedarf, um das Lügengebäude zum Einsturz zu bringen. Die höchst ambivalente Anziehungskraft, die der Joker nicht zuletzt durch den schauspielerischen Einsatz von Heath Ledger ausübt, gipfelte in einer Schießerei während der Premiere von *The Dark Knight Rises* am 20. Juli 2012 in Aurora (Colorado). Der Amokschütze, der zwölf Menschen erschoss, hielt sich angeblich selbst für den Joker. Die Tat war ein Beleg dafür, wie besorgniserregend eng sich die Rückkopplung zwischen Fiktion und Realität im Falle der Batman-Filme gestaltet. Für viele Kommentatoren hatte die Triologie damit endgültig ihre Unschuld verloren – dem Einspielergebnis schadete die Tragödie aber nicht.

### DIKTATUR DES PROLETARIATS IN GOTHAM CITY

Was den anarchischen Aspekt betrifft, so wird dieser in Teil 3 auf die Spitze getrieben: »Bane«, ein muskulöser Kraftprotz, dessen Mundpartie von einer krebsartigen Maske verdeckt

wird, feiert einen vorläufigen Sieg über einen gealterten Batman. Nach einer verheerenden Serie von Bombenanschlägen, die Gotham City von der Außenwelt abschneiden, erlangen seine Heerschaaren die Kontrolle. Zuvor ist praktisch die gesamte Polizei in eine teuflische Falle getappt. Während die Beamten unter Tag in der Kanalisation eingeschlossen sind, werden die herbeigeeilten Regierungstruppen mit der Drohung, eine Atomwaffe zu zünden, auf Distanz gehalten. In dieser Situation gebärdet sich »Bane« wie der Anführer eines Volksaufstands: »Wir nehmen Gotham den Korrupten weg. Den Reichen. Den Unterdrückern von Generationen, die euch mit dem Mythos der Möglichkeit niedergehalten haben. Und wir werden es Euch geben, den Menschen. Gotham gehört Euch, niemand wird sich einmischen. Macht wie es Euch gefällt...«

Das alte Regime von Recht und Ordnung existiert also nicht mehr. Die Konsequenzen dieses Tun- und Lassenkönnens illustriert Nolan dann so: Wir sehen wie Gefängnisinsassen befreit werden, wie reiche Damen ihrer Pelzmäntel entrisen und auf die Straße gestoßen werden, wie Börsenmakler vor ein »Volkstribunal« gezerzt werden. Schon eingangs hatte die Juwelendiebin Selina Kyle, Bruce Wayne stellvertretend für die dekadente Oberschicht zur Rede gestellt: »Glauben Sie, das kann so weitergehen? Ein Sturm zieht auf, Mr. Wayne. Wenn er losbricht, werden sie sich alle fragen, wie sie je so maßlos leben konnten, während sie uns anderen so wenig lassen.« Nun sind die Reichen und Mächtigen tatsächlich entthront, ihre Loft-Apartments sind plötzlich das Zuhause von »allen«.

»Bane« verfolgt natürlich kein emanzipatorisches Projekt – seine »Revolution« ist in Wirklichkeit nur ein Ablenkungsmanöver von einem viel perfideren Plan, nämlich die Stadt als »krankes« Stück Zivilisation auszulöschen. Im entscheidenden Moment »erhebt« sich aber Batman von neuem, befreit die Cops und lokalisiert die tickende Bombe. Gotham wird der Herrschaft des bewaffneten Pöbels wieder entrissen. Am Ende

sehen wir die Menschen aus ihren Häusern treten, während die *Stars and Stripes* zerfetzt – aber immer noch stolz – im Wind wehen. Das Chaos und den Sieg über »Bane« haben sie offenbar brav passiv ausgesessen, während die Polizisten und Batman die ganze Arbeit erledigten.

Der Philosoph Slavoj Žižek ortete in Nolans Film eine einzige Polemik gegen »Occupy Wall Street«, eine kapitalismuskritische Bewegung, die 2011 einen Platz im New Yorker-Finanzzentrum besetzt hatte und damit ähnliche Proteste weltweit inspirierte. Hier könnte man entgegnen, dass das Drehbuch zu *The Dark Knight Rises* zeitlich früher entstand. Außerdem sind die »Revolutionäre« im Film vor allem als Angehörige von Banes eigener Gruppe oder als entlaufene Sträflinge dargestellt. Drehbuchautor und Bruder des Regisseurs, Jonathan Nolan, hat dagegen angegeben, dass ihn eine literarische Vorlage inspirierte: *A Tale of Two Cities*, ein Klassiker von Charles Dickens. Der 1859 erschienene Roman handelt in London und Paris zur Zeit der Französischen Revolution und ist eine einzige Warnung vor deren Exzessen. Der berühmte erste Satz von *A Tale of Two Cities* lautet nicht umsonst: »Es war die beste aller Zeiten, es war die schlimmste aller Zeiten.«

Die eigentliche Stoßrichtung von *The Dark Knight Rises* richtet sich dementsprechend gar nicht gegen konkrete soziale Protestformen. Vielmehr möchte Nolan eine Art negative Utopie vorführen: Nämlich deutlich machen, wie die viel beschworene post-revolutionäre »andere Welt« konkret aussehen würde – Kampf aller gegen alle, Enteignung, Rechts- und Gesetzeslosigkeit. Diesem Schreckbild sei der Status Quo, so prekär und dysfunktional sich dieser auch gestalte, immer noch vorzuziehen. Batman ist es, der im Film diese wankende Ordnung letztlich stabilisiert: Einerseits mit Hightech und andererseits indem er sich zum Schein aufopfert. Alle anderen, abgesehen von unzähligen tadellosen Polizisten, sind vor Banes Drohung in die Knie gegangen. Diese grundsätzliche Kritik trifft nicht nur die teilnahmslose Bevölkerung, sondern auch die Zentralregierung, die die Stadt im Stich lässt.


## BEIDES: EIN ZEITBILD UND EIN URAMERIKANISCHER MYTHOS

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen, warum die Batman-Triologie in unsere Zeit passt: Auf bildgewaltige Weise setzt Regisseur Nolan zunächst die kollektiven Ängste in Szene – Terrorismus, Kriminalität, Korruption und letztlich Zerfall. Die Reminiszenzen an 9/11 sind deutlich auszumachen: In einer Szene von *The Dark Knight Rises* lässt etwa »Bane« ein ganzes Fußballfeld mit den Spielern per Explosion im Erdboden verschwinden – die Zuschauer auf den Rängen müssen das mitansehen, genauso wie die Öffentlichkeit, die die Terroranschläge ohnmächtig auf den Live-TV-Bildern verfolgte.

In *Batman Begins* wiederum setzt ein Schurke ein halluzinogenes Gas ein, das Betroffene im Gegenüber die Verkörperung ihrer schlimmsten Ängste sehen lässt. Auch das ist eine passende Metapher für die Paranoia, die sich nach dem 11. September breit machte. Bei den Gegenmaßnahmen erweist sich Batman als nicht zimperlich: Wie die CIA entführt er einen Verdächtigen einfach aus Hongkong und installiert anschließend ein gigantisches Überwachungssystem, um dem Joker auf die Spur zu kommen. Auch in *The Dark Knight Rises* klagt jemand grundsätzlich: »In dieser Welt kann man nicht mehr einfach neu anfangen. Jeder Zwölfjährige mit 'nem Handy kriegt raus, was Sie von mir wissen. Alles was wir tun wird gesammelt, gespeichert und hängt uns ewig nach.«

Im Film heiligt letztlich der Zweck die Mittel, die Batman anwenden muss, um die Bürgerinnen und Bürger von Gotham City zu schützen. Führt man sich den eskalierenden Drohnenkrieg gegen terroristische Netzwerke und andere Entwicklungen im Antiterrorkampf vor Augen, dann wird deutlich, wie sehr diese Mantra mittlerweile die reale Sicherheitspolitik durchdrungen hat.

Nicht nur in der dystopischen Sichtweise auf Revolution und Umsturz erweisen sich die Batman-Filme letztendlich

als reaktionär. Überhaupt herrscht in der us-amerikanischen Populärkultur ein tief verankertes Misstrauen, was den »Tag danach« angeht: Pessimismus dominiert in zahlreichen Katastrophen- und Endzeitszenarios, die den Untergang der westlichen Zivilisation in möglichst drastischen Tönen ausmalen. An dieser Stelle wirken der typische amerikanische Individualismus sowie das Misstrauen gegenüber staatlicher Autorität hinein. Beides fließt in der Figur Batman zusammen, der ganz alleine das Schicksal von Gotham City in den Händen hält. Insofern sind die Filme natürlich auch Ausdruck eines zeitlosen amerikanischen Mythos. 

**THOMAS RIEGLER**  
ist Historiker in Wien.



**WEIHNACHTEN –  
NOCH FRAGEN?**

ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE

COTTON CANDY CHRISTMAS | FLYER, WIEN 2011 | FOTO: JOHN FOX PHOTOS | BURLESQUES  
SHOWPROGRAMM IN DER ADVENTZEIT | © ÖSTERREICHISCHES MUSEUM FÜR VOLKSKUNDE

# Fremde, China & Papier



## Julia Fischer AFFENGESELLSCHAFT

Ob im Senegal, in Botswana oder in einem Freilandgehege in Frankreich: Fischer beschreibt Sozialverhalten, Intelligenz und Kommunikation der Affen auf anspruchsvolle wie unterhaltsame Weise. Angereichert um viele Episoden aus dem Forschungsalltag ist dies ein Buch, das auf der Höhe des Forschungsstandes sein Thema allgemeinverständlich beschreibt: die Affengesellschaft.

SUHRKAMP, 281 Seiten, 27,80 Euro



## Gian Domenico Borasio ÜBER DAS STERBEN

Sachlich informierend und argumentierend, setzt sich Borasio auch mit dem schwierigen Thema »Sterbehilfe« und mit Mythos und Realität der Palliativ- und Hospizarbeit auseinander. Ungeschminkt benennt er die schlimmsten Fehler am Lebensende und sagt, wie man

sich am besten davor schützt – einschließlich konkreter Hinweise zu Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

C.H. BECK, 207 Seiten, 18,50 Euro



## Jean Ziegler WIR LASSEN SIE VERHUNGERN.

Jean Ziegler verbindet seine Erfahrungen aus acht Jahren als UN-Sonderberichtsersteller für das Recht auf Nahrung mit seinem unermüdlichen Kampf für eine friedliche, gerechte Welt. Er erinnert an die dramatische ungleiche Verteilung von

Reichtum, an die strukturelle Gewalt unserer Weltordnung, an Milliardenzocker, die Nahrungsmittel monströs verteuern, und er zeichnet das brutale Bild des Hungers.

C. BERTELSMANN, 320 Seiten, 20,60 Euro



## Doug Saunders MYTHOS ÜBERFREMUNG

Fremdenfeindliche Rhetorik bedient sich vermeintlich stichhaltiger wissenschaftlicher Argumente. Mit den zu Fakten verbrämten Vorurteilen räumt Doug Saunders in seinem Buch auf. Saunders' Abrechnung verfolgt die Herkunft sämtlicher Halb- und Unwahrheiten, die eine Überfremdung des Westens durch muslimische Migranten belegen sollen, zurück und entlarvt sie als das, was sie sind.

KARL BLESSING VERLAG, 253 Seiten, 19,60 Euro



## Kai Vogelsang GESCHICHTE CHINAS

Der Sinologe Kai Vogelsang beschreibt die Fülle der chinesischen Kultur, ihren Reichtum und ihre Diversität, er schildert chinesische Lebensformen und Wunderlichkeiten. Und er verfolgt die Versuche der chinesischen Kultur, die Vielfalt zu bändigen, etwa durch die erfundene Tradition des Konfuzianismus, die Schaffung eines Einheitsreiches, den Totalitarismus mit seinen Gewaltexzessen.

VERLAG PHILIPP RECLAM JUN., 646 Seiten, 41,10 Euro



## Lothar Müller WEISSE MAGIE

Papier ist eine magische Substanz, die wie keine andere zur Entwicklung der modernen Welt beigetragen hat. Als Wechsel und Papiergeld war es unentbehrlich für die Ökonomie. Als Briefpapier wurde es zum Schauplatz der modernen Seele, als Zeitungspapier zum Schauplatz der Politik. Aber wir verstehen es besser, wenn wir seine Hintergrundwelt entdecken: die Epoche des Papiers.

HANSER, 384 Seiten, 25,60 Euro



Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

# Pferde, Kirgistan & Weihnachtsmann



**Christoph Ransmayr**  
ATLAS EINES ÄNGSTLICHEN MANNES

Der Erzähler führt uns an die Stromschnellen von Mekong, ins Packeis und über die Passhöhen des Himalaya: »In den siebenzig Episoden dieses Atlas ist ausschließlich von Orten die Rede, an denen ich gelebt, die ich bereist oder durchwandert habe, und ausschließlich von Menschen, denen ich dabei begegnet bin, Menschen, die mir geholfen, die mich behütet, bedroht, gerettet oder geliebt haben.«

**BERLIN VERLAG**, 160 Seiten, 19,60 Euro



**Maurice Chappaz**  
IN WAHRHEIT ERLEBEN  
WIR DAS ENDE DER WELT

Wir lernen den faszinierenden Kosmos des Schweizer Dichters Maurice Chappaz in seiner ganzen Fülle und Tiefe kennen: dank einer umfassenden Auswahl seiner Prosatexte, Gedichte und Briefe und dank einer reich bebilderten Biografie, die sein Leben in seiner Dramatik und in seiner bewegenden inneren Konsequenz Revue passieren lässt.

**HUBER VERLAG**, 352 Seiten, 37,95 Euro



**Helmut Höge**  
PFERDE

Eingedenk »der Tatsache, dass früher dem die Welt gehörte, der ein gutes Pferd und eine Stunde Vorsprung hatte«, zog Helmut Höge sich in den 70er Jahren mit seinem Pferd aufs Land zurück und führte Tagebuch eines Lebens mit Tier. Die Reihe »Kleiner Brehm« des Engstler-Verlages sammelt Tiergeschichten, weil Genetik und Molekularbiologie nicht alles erkennen, was wir von der Natur wissen wollen.

**VERLAG PETER ENGSTLER**, 44 Seiten, 10,50 Euro



**Jan Sprenger**  
KIRGISTAN GIBT ES NICHT

Wohin genau und mit wem er gerade unterwegs ist, ist Jonas, der Hauptfigur dieses Romans egal, solange es nur weitergeht. Das ändert sich, als er in Kirgistan Olga kennenlernt: Jonas ist fasziniert von der verschlossenen Ukrainerin und tut alles, um bei ihr zu bleiben. Aber immer wenn Jonas glaubt, Olga näherzukommen, stößt diese ihn wieder von sich. Sie scheint ein Geheimnis zu hüten, das sie nicht preisgeben will.

**ROWOHLT**, 240 Seiten, 19,50 Euro



**Nora Bossong**  
GESELLSCHAFT MIT  
BESCHRÄNKTER HAFTUNG

Ein Vermögen überdauert drei Generationen: Die erste verdient es, die zweite bewahrt es, die dritte bringt es durch. Was aber passiert in der vierten? Luise Tietjen, 27 Jahre alt, erbt das, was sie nie gewollt hat: Tietjen und Söhne, Jahresumsatz 38 Millionen, Tendenz stark rückläufig. Luise muss die Firma retten, deren alten Werte heute aber niemanden mehr interessieren.

**HANSER**, 304 Seiten, 20,50 Euro



**Franziska Gehm**  
FABELHAFTE WEIHNACHTEN

Eigentlich ist Jola nur auf der Suche nach dem Weihnachtsmann. Aber dabei gerät sie plötzlich in die Welt der Fabelwesen. Also hilft Jola den Elfen beim Krippenspiel aus der Patsche, verhindert, dass die Koblode den Weihnachtsbaum mit Kloppapier schmücken und die Lebkuchen mit Senf verzieren, und befreit den Drachen von seiner verstopften Schnupfennase, ...

**DTV JUNIOR**, 160 Seiten, 13,40 Euro

1. <http://oe1.orf.at/artikel/324862>, abgerufen am 07.12.2012
2. Jura Soyfer, Die Tendenzbühne und ihr Publikum, in: Horst Jarka (Hrsg.), So starb eine Partei, Werkausgabe Band III (2002), 298 ff.
3. Jura Soyfer, Vom lebendigen Nestroy, in: Horst Jarka (Hrsg.), So starb eine Partei, Werkausgabe Band III (2002), 302.

# 100 Jahre Jura Soyfer

**Am 8. Dezember wäre** Jura Soyfer 100 Jahre alt geworden. Ludwig Dvořák würdigt in kurzen Worten die brennende Aktualität seines Werks.

**D**as große Jubiläum des im Alter von nur 26 Jahren von den Nazis zu Tode gebrachten Autors wurde in diesem Jahr mit zahlreichen künstlerischen Beiträgen und einer neu erschienenen Edition seiner Texte gewürdigt. Jura Soyfers schriftstellerische Bedeutung reicht weit über die ArbeiterInnenbewegung, der er schon als Mittelschüler verbunden war, hinaus – der enge Zusammenhang mit seinem Schaffen bleibt allerdings unübersehbar.


Herausragend ist dabei zweifellos sein nur als Fragment erhaltener Roman »So starb eine Partei«, der, wie Alfred Pfabigan zutreffend bemerkt, zeigt, »wie er diese Sozialdemokratie verstanden hat.«<sup>1</sup>

Soyfer verarbeitete in diesem Roman das Scheitern der Sozialdemokratie im Februar 1934 und dessen Hintergründe. Nie vorher oder nachher wurde der österreichischen Sozialdemokratie und den Menschen, die sie prägten, ein so würdiges, ein so wortgewaltiges und – trotz der beißenden Kritik – ein so liebevolles literarisches Denkmal gesetzt. Die Fähigkeit, die Ambivalenzen seiner Figuren zu erkennen und präzise und ohne Gehässigkeit nachzuzeichnen, unterscheidet ihn von vielen seiner Interpreten. Obwohl in der Phase der Hinwendung zur KPÖ entstanden, ist dieser Roman keine »Abrechnung« eines Überläufers, sondern ein Schlüsseltext für ein besseres Verständnis der politischen Entwicklungen der 1930er Jahre.

Soyfer, der seit 1932 politische Satiren in der nach dem Februar 1934 verbotenen Arbeiterzeitung veröffentlicht hatte, schrieb, nachdem er bereits mehrere Szenen für die »Roten Spieler« verfasst hatte, nun verstärkt Theaterstücke. 1932 hatte er dem »Theater der Arbeiterklasse« die Aufgabe der »Mitarbeit an der geistigen Erziehung« seines Publikums zugeschrieben. Entscheidend sei dabei das Bemühen des Au-

tors, dem proletarischen Publikum näherzurücken, ihm dabei auch »Zerstreuung und Buntheit, Humor und Bewegung« zu bieten, ohne in »geistlose Lustigkeit« zu verfallen. Wo diese Bereitschaft fehle, dort entstehe »kein revolutionäres, proletarisches Theater, sondern scheinrevolutionäres, wirkungsloses Intellektuellengetue.«<sup>2</sup> Soyfers Anspruch an das Theater brachte er, vom Parteisprech entkleidet, in seiner Würdigung Johann Nestroys anlässlich dessen 75. Todestages 1937 auf den Punkt. Das Publikum Nestroys wisse genau: »Diese Theaterspielerei geht uns an, von unserem Leben ist sie erfüllt, unsere Probleme stehen zur Diskussion, über unsere Sache wird verhandelt!«<sup>3</sup>

Und so ist es auch in Soyfers Stücken, in »Astoria«, »Vinetta«, »Der Weltuntergang« und »Der Lechner Edi schaut ins Paradies«. Sie alle greifen brennende soziale Probleme auf, schildern menschliche (Irr-)Wege und warnen vor der Flucht in falsche Feindbilder und Illusionen. Mit feiner Ironie und großem Sprachwitz stellt er unter Beweis, dass es im Theater keine Phrasen braucht, um eine zentrale Botschaft zu vermitteln: »Auf uns kommt's an«.

Soyfers zu Recht gerühmtes literarisches Talent stellte er in den Dienst der Idee einer Gesellschaft freier und gleicher, selbstbestimmter und solidarischer Menschen. Seine Themen sind, ebenso wie seine Vorstellung von Theater und Literatur als Instrumente der Emanzipation, aktueller denn je. Soyfers 100. Geburtstag sollte in diesen Zeiten keine punktuelle Feierstunde sein, sondern die Startzündung für eine noch intensivere und breitenwirksamere Auseinandersetzung mit seinem Werk. 

**LUDWIG DVOŘÁK**

ist Gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.

# GSM

Gesellschaft für sozialdemokratische Medienpolitik  
1014 Wien, Löwelstraße 18

## Einladung zur Generalversammlung

DONNERSTAG, 20. DEZEMBER 2012  
UM 17.00 UHR

IM PARLAMENT  
SPÖ-KLUBVORSTANDSZIMMER  
(I. STOCK).

---

### Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Berichte des Vorsitzenden, des Kassiers und der Kontrolle
3. Beschlussfassung über die Bilanz 2011
4. Entlastung und Neuwahl des Vorstandes
5. Allfälliges

---

Bitte benützt den *Zentraleingang des Parlamentsgebäudes* (Dr. Karl-Renner-Ring 3) hinter der Pallas Athene. Für den Zutritt zum Parlament ist aus organisatorischen Gründen eine *verbindliche Anmeldung* erforderlich.

Wir ersuchen diese an [jennifer.sommer@spoe.at](mailto:jennifer.sommer@spoe.at) zu senden.  
Auch eine *telefonische Anmeldung* ist unter *0664 350 46 45* möglich.

